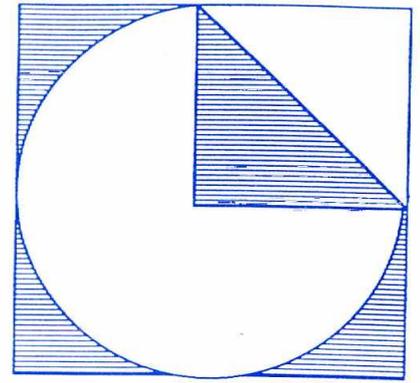


LAG

2/94

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



20 JAHRE

LAG



Gemeinsam haben wir viel erreicht!

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V.,
Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/Main

Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

Redaktion: Gabi Bechtold, Christina Hey, Christoph Kummer, Sigrid Langner-Andoh,
Jürgen Maier, Lothar Stock

Druck: a.l.p.-Druck, Marburg

Auflage: 1.500 Exemplare

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Das 20jährige Jubiläum der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. möchten wir zum Anlaß nehmen, all jenen zu danken, ohne die die LAG nicht denkbar wäre.

Zu nennen sind die Frauen und Männer der ersten Stunde, durch deren Engagement und Arbeit die LAG überhaupt erst entstanden ist. Es sind die Bewohnerinnen und Bewohner in den Siedlungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinwesenarbeitsprojekten, die die LAG zu einer lebendigen Bewegung machen. Ohne Bereitschaft von Politikerinnen und Politikern auf kommunaler und Landesebene könnten die Anliegen der LAG nicht zu politischen Entscheidungen führen. Einzubeziehen sind die Beamtinnen und Beamten in der Verwaltung, die die Entscheidungen in konkretes Handeln umsetzen. Dazu gehören die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Diskussionen befruchten und mit ihren Forschungen dem Handlungsfeld wichtige Impulse geben. Zusammen mit Bündnispartnern in Arbeitsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden auf Landes- und Bundesebene ist es gelungen, unsere Positionen in die politische und gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Nicht zuletzt sind es die Referentinnen, Referenten und Mitarbeiterinnen in der Verwaltung der LAG-Geschäftsstelle, die die Erfüllung der täglichen Aufgaben gewährleisten.

Ausdrücklich in unseren Dank einbeziehen möchten wir die Förderer der LAG-Arbeit, die uns nicht nur mit finanziellen Mitteln unterstützen, sondern auch als solidarische und kritische Partner zur Seite stehen. Zu nennen sind hier insbesondere: das Hessische Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, das Hessische Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und das Hessische Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Zu danken ist an dieser Stelle noch einmal dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, mit dem uns eine langjährige konstruktive Zusammenarbeit verbindet und auf dessen Unterstützung wir im Zuge der Neuordnung der Zuständigkeiten nun leider verzichten müssen.

Von den vielen Kooperationspartnern, die wir im Lauf der Jahre für die Interessen der Bewohner und Bewohnerinnen Sozialer Brennpunkte gewinnen konnten, seien an dieser Stelle stellvertretend genannt die Evangelische Akademie Arnoldshain, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung und das Burckhardt-Haus in Gelnhausen. Dank der intensiven Zusammenarbeit mit diesen Partnern haben sich für die Brennpunktarbeit und die LAG neue Wege eröffnet.

All jenen, die die LAG mitaufgebaut und gestaltet, mit Rat und Tat begleitet und unterstützt haben, sei herzlicher Dank für die gute Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren, verbunden mit der Hoffnung auf eine Fortsetzung in der Zukunft.



Hartmut Fritz
1. Vorsitzender

**GEMEINSAM HABEN WIR VIEL ERREICHT !
20 JAHRE LAG SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN E.V.**

Dank.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	4

DER VEREIN

20 Jahre für ein menschenwürdiges Leben - Die LAG zwischen Bürgerinitiative und Dienstleistungsunternehmen	6
Vereinschronik der LAG.....	12
„Ich war halt ein Rebell“, Gespräch mit Irma Karb, Gründungsmitglied der LAG	16
Positionen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.	18
„Die kümmern sich um die Leute ...“ - Die LAG aus der Sicht von BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen aus Darmstadt	22
Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte e.V. - Ein Verein wie jeder andere?....	26
Wer macht was? - AnsprechpartnerInnen bei der LAG.....	29

ARBEITBEREICHE DER LAG

Die Spiel- und Lernstuben - Rückblick, Perspektiven oder: Es gibt viel zu tun	30
Ein Vierteljahrhundert Spiel- und Lernstuben in der Siedlung Wachsackerstraße/Hollermorgenstraße in Wiesbaden	32
Wir sind auf dem Weg - Frauen in der LAG	34
„Einmal etwas für uns selbst tun“ - Frauen der Frauengruppe Im Finken in Limburg im Gespräch.....	36
20 Jahre LAG - 10 Jahre Jugendbildungswerk	38

Berufliche Orientierung und Integration für Mädchen: Das Zentrum für Lernen und Arbeit (Zela) e.V.	40
Let`s play together - Rockmobile der LAG	42
Zukunft gestalten statt erdulden - Der Arbeitsbereich Soziale Sicherung	44
„Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“ - Gespräch mit dem Vorsitzenden des Sozialhilfevereins Offenbach Friedrich („Hannes“) Wenzel	46
Netze knüpfen gegen Erwerbslosigkeit - Das Referat Existenzsicherungsberatung	48
Von der lokalen Beschäftigungsinitiative im GWA-Projekt zur kreiseigenen Beschäftigungsgesellschaft	50
Sanieren, Wohnen, besser Leben - Für ein menschenwürdiges Wohnen	52
Von der städtischen Obdachlosenunterkunft zum attraktiven Wohngebiet - Ein städtisches Obdachlosenkonzent	54

PERSPEKTIVEN DER GEMEINWESENARBEIT

Zur Diskussion: Perspektiven der Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten in Hessen	56
20 Jahre gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung - Bilanz und Ausblick aus Projektsicht	58
Satzung der LAG	60

20 JAHRE FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN - DIE LAG ZWISCHEN BÜRGERINITIATIVE UND DIENSTLEISTUNGS- UNTERNEHMEN

Die LAG besteht seit 20 Jahren als Zusammenschluß von Projekten der Sozialarbeit und engagierten Menschen, die sich mit den Lebensbedingungen in Sozialen Brennpunkten, der Lebenslage Armut und deren sozialpolitischen Bedingungen auseinandergesetzt haben. Wichtigste Erkenntnis - und das hat sich bis heute bestätigt - ist, daß Hilfen und positive Veränderungen nicht nur möglich sind, sondern unter Einbeziehung des Selbsthilfepotentials der betroffenen Bevölkerung erfolgreich langfristige Veränderungen der Wohn- und Lebensbedingungen bewirken.

Heute gilt es, diese historische Erfahrung mit Blick auf die sich zuspitzende soziale Wirklichkeit mit einem beängstigend wachsenden Anteil von armen Menschen umzusetzen. Das Wirken der LAG muß sich zukünftig noch stärker als bisher sowohl auf die Sozialen Brennpunkte und Armutsquartiere in den einzelnen Städten und Gemeinden als auch auf die von der Lebenslage Armut betroffenen Menschen beziehen.

Erfolgreiche Arbeit braucht überregionale Vernetzung

Die Arbeit der örtlichen Projekte und Initiativen hat deutlich gemacht, daß nachhaltige Verbesserungen der Wohn- und Lebensbedingungen in den einzelnen Obdachlosensiedlungen und Wohnquartieren nur durch das Aufbrechen kommunaler Verwaltungs- und Politikstrukturen möglich sind. Die hessische Praxis hat gezeigt, daß dazu im wesentlichen Maße auch die politische Unterstützung der Landesebene notwendig ist. Die Förderung und Begleitung der Projektarbeit durch Landesregierung, Fachministerien, Landesjugendamt und Landeswohlfahrtsverband hat sich als Auslöser und Motor für kommunales Handeln erwiesen. Es bedurfte deshalb einer überregionalen Vernetzung der örtlichen Gemeinwesenarbeit (GWA), die als Aktivierungs- und Einmischungsmoment bis auf Landesebene wirkte. Im Rahmen der Beratungs- und Bildungsarbeit mußten auch überregional Standpunkte entwickelt und gemeinsame Interessen vertreten werden.



(Fotos: LAG-Archiv)

Ganz praktisch gelang diese landesweite Zusammenarbeit der örtlichen Projekte dadurch, daß mit Beginn der 70er Jahre Fachtagungen durchgeführt wurden. Das Landesjugendamt machte es möglich, daß aktive BewohnerInnen aus Sozialen Brennpunkten zusammenkommen konnten. Sie gestalteten mit

und nahmen Einfluß auf Planung und Durchführung von Maßnahmen. Durch den Erfahrungsaustausch über erfolgreiche örtliche Initiativen zur Schaffung von Spiel- und Lernstuben, Verbesserung der Wohnsituation und der Verkehrsverbindung u.v.m. und über Informationen von Beispielen zu ganz konkreter Einmischung in die Kommunalpolitik entstanden landesweite Verbindungen unter Menschen, die gemeinsam Verbesserungen in Sozialen Brennpunkten durchsetzen wollten.

Als wichtiger landespolitischer Erfolg ist zu bewerten, daß nach einer Debatte im Hessischen Landtag „Zur Lage der Obdachlosen“ (1972) der damalige Sozial-

Die LAG ist ein Signal für die Würde und Partnerschaft von und mit Menschen, die von Armut, Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit bedroht oder betroffen sind, die Verhinderung und Beseitigung von Armut, Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit sozial- und verteilungspolitisch einzufordern und hierfür Wege aufzuzeigen; das heißt, die Entwicklung von unterschiedlichen, intelligenten, pfiffigen und flexiblen Ideen, Methoden, Strategien und Kooperationen unter dem Dach von Gemeinwesenarbeit mit allen Menschen und Organisationen die „Guten Willens“ sind, die oben genannten Ziele zu erreichen; dies mit Ausdauer, Kontinuität und einem sehr langen Atem und Solidarität.

Manfred Schaub

minister Dr. Schmidt per Erlaß einen Handlungsrahmen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten vorgab. Aus der Verwaltung heraus ist es u.a. Dr. Schäfer mit Geschick und Sachverstand gelungen, eine örtliche Projektarbeit zu fördern und unter Einbeziehung von Vertretern der Kommune und der Wohlfahrtsverbände für eine breite

Akzeptanz der Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten zu sorgen.

Aus diesem Prozeß heraus fand nach intensiver Plattform- und Satzungsdiskussion am 16.06.1974 die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. statt. Mit der Vereinsgründung sollte eine verbindliche Form der kollegialen Zusammenarbeit mit dem Ziel geschaffen werden, wirkungsvoller und anerkannter Verhandlungspartner für Politik, Verwaltungen und Verbände, auf Landesebene zu werden und Finanzmittel für den Auf- und Ausbau der Beratungs-, Bildungs- und Lobbyarbeit zu beschaffen.

Sowohl die Gründung des Vereins als auch die ersten Aufbaujahre waren gekennzeichnet durch ein hohes Maß an sozialpolitisch motiviertem Engagement von entschlossenen BewohnerInnen, SozialarbeiterInnen, StudentInnen der sozialen Arbeit und der Sozialwissenschaften. Stellvertretend sind hier nur einige der vielen Beteiligten genannt: Irma Karb und Alma Born als aktive BewohnerInnen aus Darmstadt und Wiesbaden, Reinhard Lohrenz vom Landesjugendamt und Manfred Hohmann im Gründungsvorstand der LAG, Prof. Horst E. Richter und Prof. Gerd Iben als Vertreter der Wissenschaft, die auch unmittelbar im Handlungsfeld wirkten. Das Engagement all der Genannten sei an dieser Stelle stellvertretend für viele andere ausdrücklich gewürdigt.

Der Ausbau der örtlichen Arbeit erfordert Professionalisierung auf Landesebene

In der Folge gelang es, die Problematik der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte überzeugend darzustellen und soziale Administrationen und verantwortliche Politik zu bewegen, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen. In dieser Zeit erfolgte der Ausbau der örtlichen Gemeinwesenarbeit. Neue Projekte wurden gegründet und neben der Arbeit in den Spiel- und Lernstuben



politischen Bühne authentisch und schlagkräftig war und ist. Auch hier sind stellvertretend für alle MitarbeiterInnen die zu nennen, die die Arbeit der LAG in der Vergangenheit entscheidend geprägt haben. Heinrich Sydow, Dieter Galm, Monika Neumaier und Dieter Mihm, Manfred Schaub, Günter Pleiner und Lothar Stock sei an dieser Stelle für ihren Einsatz herzlich gedankt.

wurden vermehrt auch Angebote für Jugendliche und Erwachsene entwickelt.

Zu danken ist an dieser Stelle den vielen ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern, die zum einen in mancher Nachtsitzung die Geschicke der LAG verantwortlich geleitet haben und zum anderen von den Menschen vor Ort ansprechbar waren. Auch hier können nur stellvertretend genannt werden: Elfriede Silbereisen, Dagmar Krämer, Regina Seidewitz, Friedrich Wenzel, Rudi Andrä, Georg Kraft.

Mit dem Ausbau der Gemeinwesenarbeit vor Ort veränderten sich die Anforderungen an die LAG als Beratungs-, Bildungs- und Lobbyinstanz auf Landesebene. Ehrenamtliches Engagement der Vereinsmitglieder allein reichte nicht mehr aus, Professionalisierung wurde notwendig.

Mitte der 70er Jahre konnte eine Geschäftsstelle eingerichtet und das Wirken der LAG ausgebaut und intensiviert werden. Nach und nach entstand ein MitarbeiterInnen-Team, daß mit hohem persönlichen und fachlichen Einsatz sowohl bei den Menschen vor Ort als auch auf der fach-

Aus der Differenzierung der Gemeinwesenarbeit entwickeln sich neue Konzepte und Modelle

In den folgenden Jahren führte die Ausdifferenzierung der Angebote zu spezialisierten Blickwinkeln und Fragestellungen.

Die Frauen, immer schon aktiv als Identitätsträgerinnen im politischen Geschäft, rückten jetzt auch mit ihrer persönlichen Situation in den Blick. Die Frauenbildungsarbeit entstand.

Es wurde diskutiert, inwieweit Bewegung auf Dauer zu erhalten sei. Mit der Wahl von BewohnerInnenräten wurde die Interessenvertretung formalisiert.

Die intensive Auseinandersetzung mit Fragen der Sozialhilfe und die Kindergeld-Demonstrationen in Bonn forcierten die Entstehung von Sozialhilfegruppen.

Es ging um die Frage, wie stark sich die GemeinwesenarbeiterInnen parteilich für die Interessen der Betroffenen einsetzen

dürfen, ohne die Finanzierung der Projekte durch öffentliche Mittel zu gefährden.

Die erste Brennpunkt-Untersuchung des Instituts für Wohnen und Umwelt nahm Umfang und Strukturen von Obdachlosigkeit in Hessen ins Visier.

Innerhalb der LAG wurde die Diskussion darüber geführt, inwieweit die Armutsbevölkerung außerhalb der Brennpunkte einbezogen werden soll. Die ersten Sozialhilfegruppen werden als Mitglieder der LAG aufgenommen und zunehmend drängen auch neue Brennpunktbereiche auf Unterstützung und Mitwirkung.

Die Ausdifferenzierung der Brennpunktarbeit und die Hinwendung zur Lebenslage Armut erforderte neue Konzepte auch von der LAG. In Arbeitsgruppen und bei Tagungen wurden neue Wege für die Jugend- und Sozialhilfe entwickelt und diskutiert und konnten dann mit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel durch die Hessische Landesregierung umgesetzt werden.



In der LAG wird die Arbeit mit Jugendlichen verstärkt. Es entsteht ein eigenes Jugendbildungswerk unter dem Dach der LAG und Möglichkeiten in der Jugendarbeit werden erschlossen. Die rollende Musikschule „Rockmobil“ und Angebote zur Berufsorientierung für Mädchen und Jungen sind Antworten auf aktuelle Bedürfnisse.

Die Unterstützung von Sozialhilfegruppen und Sanierungsmaßnahmen vor Ort sind in Angriff genommen worden. Die Arbeitsbereiche „Soziale Sicherung“ und „Wohnen und Mieten“ wurden personell verstärkt. Auf Landesebene gelang es, die Förderung von Sanierungsmaßnahmen in Schlichtunterkünften und von lokalen Beschäftigungsinitiativen durchzusetzen sowie das Landesprogramm „Hilfe zur Arbeit“ einzufordern.

Mit dem „Zentrum für Frauenkooperativen“ hat die LAG eines der ersten Arbeitsprojekte für arme Frauen aufgebaut, das bis heute als Vorbild für viele neue Arbeitsprojekte angesehen werden kann. Das bei der LAG eingerichtete Referat Existenzsicherungsberatung hat die Aufgabe übernommen, landesweit entstandene Projekte zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Die LAG heute: Zwischen Bürgerinitiative und Dienstleistungsunternehmen

Heute arbeiten bei der LAG eine ganze Reihe von Menschen in unterschiedlichen Referaten und Projekten. Die LAG ist eine in Fachkreisen eingeführte Institution, die aber gleichzeitig den Anspruch darauf aufrecht erhält, Interessenvertreterin für BewohnerInnen von Armutsquartieren zu sein. Zweifelsfrei nimmt sie heute einerseits Dienstleistungsfunktionen als Beratungs-, Bildungs-, Planungsträger wahr, andererseits ist sie als Verbund von Betroffeneninitiativen weiterhin soziale Bewegung und Lobby der Betroffenen selbst.

Ausgehend von einer überregionalen Bürgerinitiative, die das Konzept der Gemeinwesenarbeit auf Landesebene übertragen hat, entwickelt sie Handlungsansätze und konkrete Projekte als Antwort auf die vielschichtigen alters- und gruppenspezifischen Problemlagen.

Mit Hilfe der LAG wurden Siedlungen saniert, Wege in das Erwerbsleben aufgezeigt, sozialpolitische Initiativen gestartet sowie Kindern und Jugendlichen, Männern und Frauen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet.

Trotz der positiven Entwicklungen in einzelnen Siedlungen hat das Thema „Armut und Ausgrenzung“ leider an gesamtgesellschaftlicher Bedeutung gewonnen: Existenzsicherung durch Arbeit und ausreichende soziale Sicherung durch staatliche Transferleistungen, Vermeidung von Obdachlosigkeit und Verbesserung der Wohnbedingungen, Chancengleichheit und die Integration ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen sind Zielvorgaben für die weitere LAG-Arbeit.

Die LAG ist für mich viel Arbeit als Vorstand, gleichzeitig ein großes Lernfeld und interessant. Die LAG ist Interessenbündelung und Lobby und sie ist für mich ein Ort, wo verschiedenste Menschen zusammentreffen, die viel voneinander lernen können und das auch tun. Sie ist ein politischer Ort, wo Politik gemacht und umgesetzt wird: indem versucht wird, die „offizielle“ Politik verständlich zu machen für Leute, die ansonsten davon ausgeschlossen sind, und indem gleichzeitig versucht wird, die Interessen dieser Leute dorthin zu bringen, wo Entscheidungen getroffen werden.

Stefanie Paul



Heute rücken neue Sozialräume und Lebenslagen in den Blick. Einerseits haben sich Normalisierungsprozesse in den alten Brennpunktquartieren eingestellt, andererseits setzen zunehmend Verelendungprozesse in anderen Stadtteilen ein, die es zu erkennen gilt und denen gezielt gegengesteuert werden muß.

Hier ist die Gemeinwesenarbeit eine bewährte Methode zur menschenwürdigen Gestaltung von Wohn- und Lebenswelt. Formen der Teilhabe und Mitgestaltung durch die betroffenen Menschen selber sowie die partnerschaftliche und anwaltliche Unterstützung durch Projekte vor Ort sind dafür Voraussetzung.

Für die Entwicklung lebensraumorientierter Alternativen ist es gerade angesichts der Kürzungen öffentlicher Leistungen wichtig, die Vernetzung sozialer Dienstleistungen zu fördern. Die interdisziplinäre Arbeit gilt es herauszufordern, um gemeinsam mit den Betroffenen Einfluß auf die Sozial- und Stadtteilentwicklungspolitik zu nehmen.

Für die zukünftige Arbeit der LAG heißt das:

- die Entwicklung der Brennpunkte zu sogenannten normalen Wohngebieten ist weiter zu fördern und zu unterstützen,
- neue Stadtteile sind in die Arbeit einzu-beziehen,
- neue Konzepte für veränderte Lebensla-gen sind zu entwickeln und
- gemeinsam mit anderen ist die Bearbei-tung der sozialpolitischen Rahmenbe-dingungen fortzuführen.

Auch in Zukunft werden Erfolge zu erzie-len sein, wenn es gelingt,

- weiterhin die enge Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort zu gestalten,
- Politik und Verwaltung als Bündnis-partner im Kampf gegen Armut zu ge-winnen und
- weitere gesellschaftliche Gruppen für die Anliegen armer Menschen zu inter-essieren.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Kraft und Erfolg für die weiteren Jahre.

Hartmut Fritz

Teilnehmende Projekte bei der Gründungsversammlung laut Protokoll

Bewohnerrat Wiesbaden Hausener-Straße/Holzstraße (D. Malkmus)
 Sozialkritische Aktion e.V. Darmstadt (I. Karb)
 Initiativgruppe Mühlbruchstraße Frankfurt (H.-J. Kräske)
 Initiativgruppe Sauerstraße Frankfurt (Herr und Frau Ullrich, Herr und Frau Hauser)
 Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. (H. Hubert, H. Sydow)
 Projektgruppe Lohwaldsiedlung Offenbach (Fr. Herrmann)
 Sozialpolitischer Arbeitskreis Eschwege e.V. (H. Wiechers)
 Sozialzentrum Wachsacker Wiesbaden (D. Zimmer)
 Projektgruppe Herbsteinerstraße Fulda (K.-H. Schöninger, E. Beos, J. Winterstein, E. Hettler)
 Projektgruppe Mattenberg Kassel (D. Garnatz, B. Washausen)
 Initiativgruppe Bad Orb e.V. (U. Freund, S. Weiß)
 AG Sozialer Brennpunkt Hausenerstraße Wiesbaden (R. Lohrenz)
 M. Homann (Nachbarschaftsheim Bockenheim Ffm. e.V.)

VEREINSCHRONIK DER LAG

- 1971** Zusammenschluß von MitarbeiterInnen der Spielstuben in Sozialen Brennpunkten in Hessen zu einer Arbeitsgemeinschaft bei einer Tagung der Hessischen Bildungsstätte in Wiesbaden; Entwicklung einer Konzeption für Spielstuben; Einrichtung einer ersten Geschäftsstelle in Wiesbaden, Wachsackerstraße; Tagung in Wiesbaden: Mehrheit ist für die Gründung eines eingetragenen Vereins; Vereinsstatus für die Finanzierung bei abgesichertem Organisationsrahmen wird als wichtig angesehen; erste Entwürfe für eine Vereinssatzung entstehen;
- 1972** Gespräch der „AG Soziale Brennpunkte“ mit Sozialminister Schmidt wegen Kürzungen von Zuschüssen, Gefährdung der sozialen Aktivitäten in den Brennpunkten;
- 1973** Erster Erlaß des Sozialministers „Zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“; „Zentralstelle“ wechselt nach Frankfurt am Main in die Mühlbruchstraße; Besetzung leerstehender Gebäude durch Obdachlose in Kassel, Vermittlung der Arbeitsgemeinschaft zwischen Bewohnern der Belgiersiedlung und verschiedenen Institutionen;
- 1974** **Gründungs-Mitgliederversammlung am 15./16.06.74 in Neuweilnau/Taunus;**
Erster Vorstand: 1. Vorsitzender Manfred Homann, 2. Vorsitzender Hans-Karl Ullrich, Kassenwart Heinrich Sydow, sowie 4 Regionalvertreter; Überleitung der LAG in einen e.V. als Verein von aktiven Projekten; Sozialarbeiter- und BewohnerInnen sollen dabei eng zusammenarbeiten; Zentraler Zweck des Vereins: Unterstützung der in Sozialen Brennpunkten Lebenden bei der selbstbestimmten Verbesserung ihrer Lebensbedingungen;
Einschätzung des Vorstandes: Notwendigkeit der Besetzung der Geschäftsstelle mit einem Hauptamtlichen mit praktischen Erfahrungen in der GWA;
Landestagung im Jugendhof Dörnberg, Thema: Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit von Projektgruppen; Planung einer Familienfreizeit für Familien mit Kindern aus Sozialen Brennpunkten;
- 1975** Gespräche mit Sozialministerium wegen Finanzierung (Vorabbezuschussung seitens des Landes); Planung und Durchführung einer Wochentagung und zweier Wochenendtagungen im Herbst; Fernsehsendung in Kassel;
- 1976** Befürchtung von erheblich geringeren Zuwendungen als für die geplante Arbeit nötig; Übernahme der Geschäftsstelle durch Heinrich Sydow, Marburg; 1. Vorsitzender Hartmut Fritz; Absage der Familienfreizeit wegen unzureichender Zuschussung;
- 1977** LAG-Geschäftsstelle in Frankfurt/M., Neuhofstraße; 1. Vorsitzender Manfred Schaub; Finanzielle Schwierigkeiten, aber Finanzierung von 2 Wochenendtagungen und 1 Wochentagung möglich (20.000.- DM vom Land Hessen, Mittel beim LWV und bei der Robert-Bosch-Stiftung beantragt); Planung von SozialarbeiterInnen-Tagungen zwecks Schulung/Beratung;
Überlastung der ehrenamtlich in der LAG Tätigen; Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für einen hauptamtlichen Geschäftsführer; Einrichtung von 2 ABM-Stellen; Umzug der Geschäftsstelle nach Frankfurt/M. in die Moselstraße 25; erstes hessenweites Treffen der Frauengruppen aus Sozialen Brennpunkten;
Bemühungen um die finanzielle und politische Absicherung der Projektarbeit;
Verstärkte Probleme mit Sozialämtern bei Räumungsklagen umgesiedelter BewohnerInnen; Klage über mangelnde Einbeziehung von AusländerInnen in die Projektarbeit; Diskussion über die Schwierigkeiten der Selbstorganisation von BewohnerInnen;

- 1978** Planung einer großen Sozialhilfe-Aktion in Wiesbaden wegen „Kostendämpfung“ anlässlich der Landtagswahl, um zu zeigen, daß die wirtschaftlich schlechter gestellten Bevölkerungsschichten ein erhebliches Wählerpotential stellen;
 MV: LAG soll ein Treffen der Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten durchführen, bei dem dann SprecherInnen für die Mitarbeit im LAG-Vorstand gewählt werden können;
- 1979** „Kindergeldaktion“ : Forderung, das Kindergeld nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen, aktive Beteiligung der LAG an der Organisation einer zentralen Demonstration in Bonn mit ca. 1000 TeilnehmerInnen;
 Mündliche Zusage vom Sozialministerium zur Finanzierung einer hauptamtlichen Stelle für die LAG;
 Dieter Galm übernimmt diese volle hauptamtliche Stelle in der LAG-Geschäftsstelle, Monika Neumaier und Dieter Mihm arbeiten als Honorarkräfte; Einrichtung von ständigen Arbeitsgruppen für die Bereiche Sozialhilfe, Wohnen und Mieten, Gemeinwesenarbeit, Neudefinition Soziale Brennpunkte, Arbeitslosigkeit, Jugendliche;
 Resolution der AG Jugendliche: Erhaltung und Ausbau von Möglichkeiten für sinnvolle Freizeitgestaltung, finanzielle und personelle Absicherung der Jugendklubs in Sozialen Brennpunkten, Forderung nach Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen;
 25 Projekte von ca. 40 bekannten in Hessen sind Mitglied der LAG;
- 1980** Beteiligung an der Durchführung des „Gegenfürsorgetages“ anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ in Frankfurt mit einer Sozialhilfeaktion;
 Zusammenarbeit mit dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) in Darmstadt im Rahmen des Forschungsprojektes „Struktur und Umfang von Obdachlosigkeit in Hessen“; Forderungspapier der Spiel- und Lernstuben vor dem Landesjugendwohlfahrtsausschuß; Arbeitsschwerpunkte: Wohnungssituation, Räumungsfälle, Zunahme von Einweisungen, Projektfinanzierung; Planung einer neuen AG Sanierung;
- 1981** Diskussion über Aufnahmeanträge neuer Mitglieder auf der MV: Entsprechen die Aufnahmekriterien in der Satzung noch dem aktuellen Entwicklungsstand der Siedlungen und Projekte? Aufnahme von siedlungsübergreifenden Betroffenenorganisationen?
 Erste Frauentagung in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung;
- 1982** Schwerpunktthema: Initiativen gegen Kürzungen für Gemeinwesen- und BewohnerInnenarbeit;
 Satzungsänderungen wegen Neuaufnahme von Mitgliedern; Aufnahme des „Offenbacher Sozialhilfevereins“ als erster Sozialhilfeverein in die LAG;
 Bericht des Vorstands zur Entwicklung der LAG: In der Anfangsphase war der Aufbau und die Förderung der Kontakte unter den Projekten Schwerpunkt der LAG-Tätigkeit, jetzt ist es verstärkt die Wahrnehmung sozialpolitischer Interessenvertretung;
- 1983** Anstieg der Obdachlosenzahlen, Kürzungen bei den Sozialleistungen, steigende Arbeitslosenzahlen und damit steigende Abhängigkeit von staatlichen Leistungen;
 Diskussion über Gründung von Arbeits- und Ausbildungswerkstätten oder anderen Arbeitsmöglichkeiten, die der materiellen Daseinsvorsorge dienen;
 LAG-Kritik an der Aufstellung von Wohncontainern in Rüsselsheim;
- 1984** Schwerpunkte: „Menschenwürdiges Wohnen“ und 10 Jahre LAG;
 Erster bundesweiter Kongreß von Sozialhilfeinitiativen in Würzburg, Unterstützung durch die LAG Hessen;
 Einrichtung des Frauenbildungsreferates; Einrichtung eines LAG-Jugendbildungswerkes, neues Vereinsorgan wird der Jugendbildungsbeirat;
 Der Tod von Dieter Mihm hinterläßt eine große Lücke in der LAG;

- 1985** Gründung des Zentrums für Frauenkooperativen - Ziel: Existenzsicherung von Frauen ;
Einrichtung des Referats Existenzsicherung - Ziel: Förderung und Beratung von Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten in und aus Sozialen Brennpunkten in Hessen;
Satzungsänderungen: Abschaffung des Regionalvertretermodells, zentrale Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern alle 2 Jahre;
Mitarbeiterstand: 14 hauptamtliche MitarbeiterInnen; Vorstand nimmt mehr Arbeitgeberfunktionen wahr; Haushaltsansatz auf 700.000.- DM angewachsen;
Überregionale Zusammenarbeit mit den LAGs aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bayern;
- 1986** Bundesweiter Sozialhilfekaktionstag in Wiesbaden, Koordination durch die LAG;
Benennung des Beirates für Jugendbildung; Fragestellung in der MV: Ausweitung der LAG-Arbeit über die Brennpunkte hinaus?
Frauengruppen fordern Kinderbetreuung auf Tagungen;
- 1987** Sozialpolitische Forderungen an die Hessische Landesregierung: mind. 5%-ige Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe, Anpassung des Warenkorbs an tatsächlichen Bedarf, Fortführung bewährter Finanzierungspraxis der Projekte, Modernisierung und Sanierung der Siedlungen, Fortsetzung und Ausbau der Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte sowie der Bildungsmaßnahmen für BewohnerInnen;
Fachtagung anlässlich des „Internationalen Jahres für Menschen in Wohnungsnot“ in Frankfurt;
Einrichtung des Modellprojekts Rockmobil in Gießen; regelmäßige Publikationen durch die LAG;
- 1988** 24 Projekte sind Mitglied in der LAG; der Vorstand trägt Verantwortung für 26 Arbeitsplätze;
Einrichtung eines Betriebsrats;
Forderung nach Einrichtung eines Referats Spiel- und Lernstuben durch ProjektvertreterInnen; Diskussion über „Männerarbeit“ in der LAG;
LAG-Frauen in Brüssel zum Tribunal: „Armut von Frauen in der EG“;
Forderung aus der Mitgliedschaft nach Entwicklung eines Kur- und Erholungsprogramms v.a. für Frauen und Kinder aus Sozialen Brennpunkten;
- 1989** MV: Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz zur Einführung des Statistikmodells in der Sozialhilfe ist ein „sozialpolitischer Skandal“; Antrag des Vorstands auf der MV zur Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte e.V.;
Großes LAG-Fest „15 Jahre LAG“ in der Presberger Straße in Wiesbaden;
Diskussion um Stellenwert von Spiel- und Lernstuben im Zusammenhang mit geplantem KiTa-Gesetz; neue Rockmobile in Kassel und Frankfurt;
Protest des Gießener Arbeitskreises Soziale Brennpunkte gegen Schlichtbauten für Aus- und Übersiedler;
Übergabe des Zentrums für Frauenkooperativen an die Gießener Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (ZAUG) nach Auslaufen der Modellphase;
- 1990** Erarbeitung eines Positionspapiers zur Landtagswahl: „Wir mischen uns ein“; Aktionstag „Politik für arme Leut“; Hearing mit LandtagskandidatInnen;
MV befaßt sich mit der Sozial- und Wohnungspolitik angesichts des Vereinigungsprozesses zwischen BRD und DDR; Tagung „Armut in Hessen“;
Verabschiedung von Regina Seidewitz (Lohwald) nach 12 Jahren Mitarbeit im LAG-Vorstand; Einrichtung des Referates „Spiel- und Lernstuben“;
Familien- und Sporttag der LAG in Gießen (Margaretenhütte) anlässlich der Festwoche zum 30-jährigen Jubiläum des Sportvereins Schwarz-Weiß;
Erste Kooperationsveranstaltung mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit; LAG-Frauen in Madrid bei einem Seminar des Europäischen Frauennetzwerks;

- 1991** Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung Frau Prof. Dr. Heide Pfarr zu Gast auf der Mitgliederversammlung;
Gespräche mit den wichtigsten neugewählten MinisterInnen;
Ehrung mit dem 1. LAG-Orden und Verabschiedung von Rudi Andrä nach 7 Jahren Vorstandstätigkeit; Verabschiedung des langjährigen Geschäftsführers und ehemaligen Vorsitzenden Manfred Schaub;
Einstellung einer Mädchenbildungsreferentin über ABM im Rahmen eines Mädchenbildungsprojektes in Kooperation mit der LAG Arbeit und Leben;
Diskussion über die Mitgliederstruktur der LAG;
LAG unterstützt Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;
Gründung der BAG der Sozialhilfeinitiativen;
- 1992** Forderung der LAG nach einer gesetzlichen Verankerung der Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen in Sozialen Brennpunkten im hessischen Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz;
Diskussion über die Notwendigkeit von Spiel- und Lernstuben als Sondereinrichtungen;
Verdoppelung der Sanierungsmittel im Landeshaushalt auf über 7 Mio DM; MV befaßt sich mit der Frage: „Siedlung saniert - alle Probleme gelöst?“
Stellenerweiterung im Referat Existenzsicherung um 1 ½ Stellen: Ausbau von Beratung und Fortbildung für Ausbildungs- und Beschäftigungsträger und -projekte;
Übernahme der Trägerschaft für das „Büro zur Mietermitbestimmung“ in Gießen durch die LAG;
- 1993** Zahlreiche sozialpolitische Initiativen gegen die Verschärfung der Arbeitspflicht von Sozialhilfeberechtigten, das Zurückfahren der einmaligen Leistungen, die reale Kürzung der Regelsätze („Solidarpakt“); Appell an den Hessischen Ministerpräsidenten;
Beteiligung an dem bundesweiten Aktionstag „Nicht sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen“ „Nacht der Wohnungslosen“; Aktion gegen „Sparschweinereien“ in Bonn;
Debatte über eine Neuauflage des Hessischen Erlasses „Zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen“;
Neue Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Frau Ilse Stiewitt auf Einladung der LAG im Mitgliedsprojekt Rodgaustraße / Darmstadt;
Diskussion über Neuorientierung der LAG-Arbeit;
Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ zur Vermeidung von Obdachlosigkeit im ländlichen Raum; Auslaufen der Modellphase des „Rockmobil Kassel“, Weiterbestand ungewiß;
Ausstieg des Landeswohlfahrtsverbandes aus der Finanzierung der „ambulanten Erziehungshilfen“, Gespräche zur Absicherung der Finanzen für die davon betroffenen Projekte;
- 1994** Erarbeitung von Sozialpolitischen Positionen und Verabschiedung in der MV: „Armut bekämpfen - gesellschaftliche Teilhabe sichern“;
BewohnerInnentagung: Superwahljahr - wir haben eine Stimme!
Unterstützung der bundesweiten Aktion „Wohnen ist ein Menschenrecht“;
Großes Fest anlässlich des 20-jährigen Bestehens der LAG gemeinsam mit der AG Presberger Straße in Wiesbaden, die ihr 25-jähriges Jubiläum feiert;

Sigrid Langner-Andoh
Jürgen Maier

**„ICH WAR HALT EIN REBELL“
GESPRÄCH MIT IRMA KARB, GRÜNDUNGSMITGLIED DER LAG**

Am 11.05.94 besuchte ich Irma Karb in ihrer Wohnung in Darmstadt. Irma Karb ist schwer krank, lebt seit dem Tod ihres Mannes alleine und wird von ihrer Nachbarin gut versorgt und gepflegt. Sie hat sich sehr gefreut über den Besuch der LAG und erinnert sich gern an ihre aktive Zeit im Sozialkritischen Arbeitskreis Darmstadt und bei der LAG. Irma Karb erzählt:

Angefangen hat alles im Akazienweg in Darmstadt. Wir wollten die Verhältnisse dort nicht so hinnehmen. Vor allem die vielen Kinder in den miserablen Wohnungen. So gründeten wir die Interessengemeinschaft „Familie in Not“. Der Darmstädter Studentenfarrer Siegfried Solle und Barbara von Teichmann haben uns damals sehr unterstützt. Montags haben wir uns im Studentenwohnheim getroffen. Ich erinnere mich noch, es war so 1969; kurz vor Weihnachten. Wir wollten einfach die Ungerechtigkeiten mit den Wohnungen im Akazienweg nicht hinnehmen. Ich weiß gar nicht, wie ich das damals gemacht ha-

be. Wenn es dunkel wurde und meine Kinder versorgt waren, dann war ich immer unterwegs. Ich habe mich halt für alles interessiert. Wir waren oft in Wiesbaden im Mühlthal und haben uns angeguckt, was die dort so alles machen.

Die LAG war und ist in Hessen notwendig. Wenn Projekte sich zusammenschließen, können sie mehr erreichen als allein. Die Solidarität mit anderen Projekten ist wichtig, das Zusammenkommen mit anderen Bewohnern und der Austausch.

Dagmar Krämer, Gründungsmitglied
der LAG

Dann gab es die ersten Tagungen. Reinhard Lohrenz vom Landesjugendamt hat uns damals viel geholfen, daß wir günstig unterkommen. Da waren immer Idealisten dabei.

Ich kann mich gut erinnern, wie wir dann am 15. Juni 1974 die LAG gegründet haben. Den Gründungstag werde ich nie vergessen. Das war in Neuweilnau im Taunus im Gasthaus „Zur Schönen Aussicht“. Nomen war damals wohl schon Omen! In der Zeit war Fußballweltmeisterschaft und die schottische Mannschaft wohnte in der Nähe von Neuweilnau. Da sind sie alle hingepilgert. Wir wurden auch gefragt, ob wir zu den Schotten wollten. Aber nein, wir gründeten die LAG Soziale Brennpunkte! Es hat sich doch sonst niemand drum gekümmert, wie die



Irma Karb (rechts) bei einer Tagung der LAG (Foto: LAG-Archiv)

armen Leute in den Brennpunkten behandelt werden! Die, die genügend Wohnraum haben, sehen es doch gar nicht ein, irgendetwas für die zu machen, die wenig haben.

Später war ich dann auf vielen Tagungen der LAG. Da war es dann auch einfacher, als meine Kinder größer waren, da konnte ich leichter weg. Es war immer was los. Man hat alte Bekannte getroffen und neue kennengelernt. Immer wieder hörte ich den Ausspruch: „Überall stolpert man über dich!“. An die Wiesbadener Projekte aus der Presberger Straße und aus dem Schelmengraben, da erinnere ich mich noch gut. Ja, die Alma, die war ein lustiges Haus! Wir haben viel zusammen gesungen. Lieder und Gedichte habe ich überhaupt gerne gemacht, auch für die Zeitung des Akazienwegs „Hallo Nachbar“, an der ich lange mitgearbeitet habe. Und mit dem Bürger-

meister von Darmstadt habe ich mich auch öfters angelegt. Ich war halt ein Rebell.

Heute kann ich nicht mehr wie ich gerne möchte. Ich bin krank und komme nicht mehr aus dem Haus. Aber die Nachrichten, die ich im Fernsehen verfolge, die machen mich noch kränker. Die LAG hat schon was bewirkt für die Armen in den Sozialen Brennpunkten. Aber es ist so unbefriedigend, wenn man sieht, daß die Mächtigen, nicht daran denken, was die Armut bedeutet. Ja, wer den Krieg überstanden hat wie ich - mein Vater ist im Krieg gestorben - muß dankbar sein und den Menschen helfen. Ich war halt immer ein großer Idealist!

Wir danken Irma Karb herzlich dafür, daß sie uns trotz ihrer schweren Erkrankung ihre Erinnerungen vermittelt hat.

Das Gespräch führte Jürgen Maier



Hymne der LAG

Nach langen Debatten und Diskussionen,
wurde endlich die LAG als Verein geboren!
Wir haben es uns nicht leicht gemacht,
über Satzung und sonstiges nachgedacht,
uns so manches mal festgefahren,
bis wir diesen Neuling gebaren.
Seine Heimat soll künftig Frankfurt sein,
hoffentlich kann der Verein dort auch gedeihn,
bei Luftverschmutzung und Demonstrationen,
kann man sich leicht eine Krankheit holen.
Auch die Wahl eines Vorstandes ist geglückt
und alles ordnungsgemäß zurechtgerückt.
Nun müssen wir auf die Zukunft vertrauen,
nach Kräften das Begonnene weiter ausbauen,
dies sei unser Ziel und Streben,
die LAG soll gedeihn und lange leben.

Irma Karb

Verfaßt anläßlich der Gründungsversammlung in Neuweilnau am 15. und 16.9.1974

POSITIONEN DER LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN E.V.

ARMUT BEKÄMPFEN - GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE SICHERN !

Demokratie in unserer Gesellschaft bedeutet die weitestgehende Beteiligung und Mitwirkung der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen. Die Chance zur Teilhabe an Entwicklungsprozessen im nachbarschaftlichen, städtischen und staatlichen Zusammenleben ist für Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche, AusländerInnen und Deutsche der Schlüssel zur Überwindung drohender und bestehender Armut.

Dies gilt insbesondere für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte, die in Obdachlosenquartieren oder vernachlässigten Stadtteilen leben, aber auch für Menschen, die vereinzelt von der Lebenslage Armut betroffenen sind.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) setzt sich daher als Zusammenschluß von BewohnerInnen-Initiativen und örtlichen Sozialarbeitsprojekten in Sozialen Brennpunkten dafür ein, daß

1. eine **Grundsicherung** durch ausreichendes Einkommen, existenzsichernde Arbeitsplätze sowie sozialverträgliche Wohnungsangebote gewährleistet und eine **Grundversorgung** mit städtebaulichen und sozialen Einrichtungen (z.B. Kindertagesstätten, Spielplätze, Jugendtreffs) hergestellt und abgesichert wird,
2. die **Selbstorganisation** der von Armutsrisiken betroffenen Bevölkerungsgruppen gefördert und deren **Beteiligung und Mitbestimmung** an den sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen sichergestellt wird,
3. eine gezielte **Sozialpolitik** und **Sozialplanung** entwickelt und umgesetzt wird, die sich an den Interessen der Betroffenen orientiert.

Die LAG baut ihre Arbeit auf den in mehr als 20 Jahren erworbenen Erfahrungen in der **Gemeinwesenarbeit** auf. Diese sozialarbeiterische Praxis zielt auch ab auf die Herstellung von Chancengleichheit von Männern und Frauen. Der Ansatz der Interessenvertretung von BewohnerInnen, der Einmischung in Planung und Politik sowie der Vernetzung verschiedener lokaler Aktivitäten zeigt in der Quartiers- und Stadtteilarbeit positive Wirkung.

Es gilt daher, diesen Arbeitsansatz fortzuentwickeln und auf weitere gefährdete Stadtteile auszuweiten. Eine negative Darstellung dieser Gebiete in der Öffentlichkeit muß allerdings vermieden werden.

Die aus der Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten entwickelte **Zielgruppenarbeit** wie

- pädagogische Angebote für Kinder in Spiel- und Lernstuben,
- Angebote für junge Heranwachsende in dezentralen Jugendzentren und -clubs,
- besondere Angebote für Mädchen und Frauen,
- soziale Gruppen- und Bildungsarbeit mit Frauen und Männern
- Interessenvertretung durch Betroffenenengruppen
- bürgernahe Beratung und praktische Hilfe für alle BrennpunktbewohnerInnen
- Integration von ausländischen MitbürgerInnen

hat sich als tauglicher Weg für die Erschließung von gesellschaftlicher Teilhabe bewährt.

Die Förderung von Stadtteil- und MieterInnen-Initiativen, Sozialhilfegruppen, Sanierungsmaßnahmen, lokalen Beschäftigungsinitiativen, Hilfe zur Arbeit-Projekten, Jugend- und Frauenbildungsmaßnahmen, Modellprojekten in der Jugendhilfe (Rockmobil u.a.), multikulturellen Angeboten und Stadtteilsten sowie von Initiativen zur vorbeugenden Obdachlosenhilfe hat in ihrer trägerübergreifenden Anerkennung weit über Hessen hinaus Aufmerksamkeit erzielt.

Der in Hessen erreichte Standard muß sichergestellt und ausgebaut werden. Er soll auch weiterhin bundesweit eine positive Ausstrahlung erzielen. Dem präventiven Ansatz all dieser Maßnahmen kommt hierbei entscheidende Bedeutung zu.

GRUNDSICHERUNG HERSTELLEN - GRUNDVERSORGUNG GEWÄHRLEISTEN !

1. Wohnraum sichern !

Der soziale Mietwohnungsbau muß zur langfristigen, preiswerten Versorgung auch für Menschen mit besonderen Armutsrisiken geschützt und erhalten bleiben. Schlichthausbauten bieten auch in Zeiten der Wohnungsnot keine Lösung, sondern bewirken vielmehr eine neue soziale Ausgrenzung. Daher muß sichergestellt werden, daß akute Wohnungsnotfälle vorrangig in Sozialwohnungen untergebracht werden können.

Sanierungsfähige Obdachlosenunterkünfte und Soziale Brennpunkte sind baulich nachzubessern und sozial zu stabilisieren. Dafür sind besondere Finanzierungsprogramme zu entwickeln bzw. auszubauen. BewohnerInnenbeteiligung bereits ab Planungsbeginn und längerfristige MieterInnenmitbestimmung müssen den Erfolg solcher Maßnahmen sicherstellen. Einer erhöhten Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen ist durch eine sozialverträgliche Mietpreisgestaltung entgegenzuwirken.

Eine breite Lobby von Betroffenen, sozialen Trägern, Politik und Verwaltung muß ein „Recht auf Wohnen“ einklagen und Obdachlosigkeit verhindern. Eine erste Maßnahme hierzu wäre die Einführung einer einkommensabhängigen Miete.

2. Erwerbsarbeit schaffen I

Notwendig sind zusätzliche Arbeitsplätze vor allem für von der Lebenslage Armut betroffene Menschen, die eine eigenständige und tarifgerechte Existenzsicherung gewährleisten. Nicht jedes Arbeitsangebot verdient das Merkmal „sozial sinnvoll und ökologisch verträglich“. Es müssen daher Standards entwickelt und gefördert werden, die den Betroffenen Entwicklungs- und Zukunftschancen eröffnen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Eine Zwangsverpflichtung zur Arbeit darf es nicht geben. Auch die Androhung der Verweigerung von Sozialleistungen ist kein geeignetes Mittel, Arbeitsfähigkeit/-motivation herzustellen bzw. Arbeitsplätze zu schaffen.

Es ist vielmehr notwendig, daß soziale Betriebe zielgruppenspezifische Arbeitsangebote entwickeln. Die öffentliche Förderung entsprechender Arbeits- und Beschäftigungsträger sowie lokaler Beschäftigungsinitiativen ist erforderlich, um eine unter Umständen nicht gegebene Wirtschaftlichkeit auszugleichen. Die Beratung, Fortbildung und Qualifikation des Fachpersonals und der Träger von Beschäftigungsprojekten muß gesichert werden.

Insbesondere für arme Frauen sind Angebote weiterzuentwickeln, die auch den Aspekt der Weiterqualifizierung beinhalten. Die gesellschaftliche und materielle Aufwertung von „frauentypischen“ Arbeitsplätzen ist zu fördern. Die Sozialversicherungspflicht bei geringfügiger Beschäftigung ist anzustreben.

Für Jugendliche, die auf dem allgemeinen Lehrstellenmarkt Schwierigkeiten haben, eine Berufsausbildung erfolgreich zu durchlaufen, sind besondere Fördermaßnahmen und Unterstützungssysteme bereitzustellen.

3. Einkommen absichern !

Eine ausreichende soziale Grundsicherung muß ein menschenwürdiges Leben und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Als Sofortmaßnahmen sind die Sozialhilfeleistungen bedarfsgerecht anzuheben und die vorrangigen sozialen Sicherungssysteme so auszubauen, daß sie eine Sozialhilfeabhängigkeit verhindern. Darüber hinaus ist eine eigenständige, steuerfinanzierte Grundsicherung zu entwickeln. Die Erziehung und Betreuung von Kindern muß finanziell abgesichert und in der Rentenberechnung ausreichend berücksichtigt werden. Familien mit Kindern sind steuerlich zu entlasten.

Die Politik muß darauf hinwirken, daß es zu einer allgemeinen Umverteilung von Einkommen und Vermögen kommt. Ziel dieser Politik muß sein, die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich zu verringern bzw. zukünftig zu verhindern.

Für die von Armut bedrohte und betroffene Bevölkerung sind Beratungs- und Hilfeeinrichtungen zu schaffen, die deren akute Not spürbar lindern und die Durchsetzung von Rechtsansprüchen unterstützen.

Eine regelmäßige Armutsberichterstattung von kommunaler bis nationaler Ebene soll dafür Sorge tragen, gezieltes politisches Handeln zur Armutsbekämpfung herauszufordern.

4. Grundversorgung aufbauen und vernetzen !

Bürgernahe Beratungs- und Betreuungsangebote sind im nachbarschaftlichen Umfeld ebenso in ausreichendem Maße anzubieten wie allgemeine Infrastruktureinrichtungen.

Die im Stadtteil tätigen sozialen Institutionen und Projekte müssen ihre Angebote zur Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Bewohner- und sozialen Gruppenarbeit sowie Einzelhilfe untereinander abstimmen und mit den auf städtischer Ebene tätigen Institutionen (z.B. Schulen, Beratungsstellen) zusammenführen. Derartige Bündelungsorte können z.B. Stadtteilkonferenzen sein. Um die BewohnerInnenbeteiligung in diesen Zusammenschlüssen zu stärken, sind die im nachbarschaftlichen Zusammenleben tätigen Vereine und Gruppen einzubeziehen bzw. gegebenenfalls neu zu gründen.

Die Angebote der Einrichtungen sind auf die sich verändernden Bedürfnisse und Anforderungen der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen auszurichten, unter Umständen neu zu gestalten oder aber auszubauen. Die Mitwirkung und Selbsthilfe der verschiedenen BewohnerInnengruppen im Stadtteil muß gewährleistet und herausgefordert werden.

Ausreichende Gemeinschaftseinrichtungen sind zu schaffen, die als Räume der Begegnung geeignet sind und die Interessen einzelner Zielgruppen berücksichtigen.

„DIE KÜMMERN SICH UM DIE LEUTE ...“
DIE LAG AUS SICHT VON BEWOHNERINNEN UND
SOZIALARBEITERINNEN AUS DARMSTADT

BewohnerInnen und SozialarbeiterInnen aus der Rodgaustraße in Darmstadt, einem Mitgliedsprojekt der LAG, unterhielten sich über ihre Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft. Auszüge aus dem Gespräch dokumentieren wir im folgenden:

Die LAG als Berater

Helga Ries: Wenn wir ein Problem haben und das der LAG vortragen, dann kann uns die LAG helfen und beraten. Die LAG weiß z.B. auch, wo wir Gelder herbekommen können, um ein Jugendhaus oder ein Gemeinschaftshaus zu finanzieren.

Johanna Brunner: Ich weiß nicht, wo die meisten sitzen, aber ich weiß, daß man da hingehen kann, wenn man irgendwas machen will, irgendwas hat. Ob's klappt weiß man nicht.

Jürgen Mühlfeld: Für uns SozialarbeiterInnen ist es außerdem wichtig, bei der LAG Informationen, z.B. zu Entwicklungen in der Sozialhilfe, abrufen zu können, die wir für unsere Arbeit brauchen. Die fachliche Beratung durch die ReferentInnen der LAG nehmen wir regelmäßig in Anspruch.

Die LAG und die Tagungen

◆ BewohnerInnentagungen

Robert Ries: Auf den Bewohnertagungen soll gezeigt werden, was den Leuten nicht gefällt und was sie ändern wollen.

Walter Ries: In Oberreifenberg haben wir Modell-Häuser gebaut und selbst eingerichtet. Das hat Spaß gemacht. Wir haben auch Rollen in diesem Haus übernommen und eine Familie gespielt.

Helga Ries: Man trifft da Bewohner, die man schon lange nicht mehr gesehen hat und kann z.B. erfahren, wie andere das mit der Sanierung gemacht haben. Man lernt auch neue Leute kennen.

Johanna Brunner: Es ist ganz schön, mal von zu Hause rauszukommen, man hört mal wieder was Neues und kriegt was von anderen Gruppen und Regionen mit und deren Probleme.

◆ Frauentagungen

Johanna Brunner: Für viele Frauen bedeuten die Frauentagungen ein Ausbruch aus dem Alltag.

Helga Ries: Das letzte Mal waren Politikerinnen da und haben von ihrer Arbeit erzählt, für was sie einstehen und was sie machen. Wir durften Fragen stellen. Bei uns ist es dann ziemlich hoch hergegangen. Auf den Frauentagungen kann man auf alle Fälle sagen, welche Probleme da sind.

Johanna Brunner: Früher waren es zu wenig Teamerinnen und wenn zu viele Leute in der Gruppe sind, da schwätzt jeder rein. Jetzt sind es mehr Teamerinnen und daher kleinere Gruppen und dann traust du dich auch was zu sagen.

Claudia Ries: Es gibt aber auch manche, die reden nur und hören gar nicht mehr auf, da kannst du nur zuhören und das müßte unterbunden werden.

Helga Ries: Wenn es Tagesveranstaltungen sind, müßte auch Kinderbetreuung angeboten werden, damit auch Frauen mit Kindern kommen können.

Gabi Pilz: Für die Sozialarbeit sind Frauentagungen wichtig, um Kontakt zu anderen Frauengruppen zu pflegen, sich auszutauschen und gemeinsam mit Frauen an politischen Themen zu arbeiten.

LAG-Bildungsangebote, wie z.B. der Bildungsurlaub für Frauen, sind wichtig, weil sich die Frauen in einem für sie angemessenen Rahmen mit verschiedenen Themen auseinandersetzen können und gleichzeitig aus ihrem Alltag herauskommen.

Claudia Ries: Frauen lernen auf den Frauentagungen auch mal den Mund aufzumachen, diese Möglichkeit haben Männer nicht.



Die Ministerin zu Besuch in der Rodgaustraße (Foto: Jürgen Maier)

◆ Männer in der LAG

Robert Ries: Die LAG besteht ja aus verschiedenen Gruppen, die sie auch ansprechen müßte und dürfte nicht alles auf eine Tagung konzentrieren. Wir würden gerne eine Männertagung selbst gestalten, wo wir bestimmen, wie es abläuft. Daß das, was uns interessiert, in Gruppen bearbeitet wird und nicht immer nur einer redet.

Jürgen Mühlfeld: Ein Thema, das ich für ein sehr wichtiges halte und bisher sehr wenig berücksichtigt wurde, ist die Männerarbeit. Von Seiten der LAG wird deren mangelndes Engagement in diesem Bereich damit begründet, daß es keine bzw. nicht genügend interessierte Männer und Männergruppen in den Projekten gibt. Wäre

mann bei der LAG von der Wichtigkeit des Themas überzeugt, so glaube ich, könnte das Interesse der Männer an einem eigenständigen Austausch auch geweckt werden.

◆ Nachwuchsprobleme ?

Helga Ries: Bei den Bewohner tagungen eigentlich nicht. Bei den Frauentagungen haben wir da kein Problem. Früher hatten wir Jugendvertreter in der LAG und das Rockmobil war auch schon mal da.

Robert Ries: Man müßte auch mehr was machen, was Jüngere anspricht, es sind viele Alte dort. Es soll deswegen nicht geteilt werden, für Junge und Alte, aber es müßte irgendwie peppiger sein.

Helga Ries: Früher sagten die Jüngeren, da kannst du dir nur den Arsch platt. Da waren immer so viele Themen, die durchgeackert wurden, daß man gar nicht mehr wußte, wo einem der Kopf steht. Heute sind die nicht mehr so vollgepackt wie früher und die Feste

sind wieder besser geworden. Die letzte Bewohner tagung war wunderbar. Sie war aufgelockert mit kleinen Sketchen und es gab immer mal wieder eine Pause.

Die LAG als „Bewegung“ und Lobby

Robert Ries: Die kümmern sich um die Leute, gehen mit den Leuten auf die Straße und machen auf deren Probleme aufmerksam.

Helga Ries: Es ist ein bißchen die Luft draußen. Viele Alte kommen nicht mehr, weil viele Aktionen nichts gebracht haben und dann fragen sie sich, warum sollen wir weiter kämpfen. Das mit dem Kindergeld haben wir nicht durchgekriegt (wird immer

noch auf die Sozialhilfe angerechnet), obwohl wir in Bonn und in Wiesbaden waren.

Gabi Pilz: Das Frauennetzwerk, das sich in der LAG-Arbeit mittlerweile aufgebaut hat, spiegelt sich auch im Arbeitskreis Frauen wider, in dem sich Sozialpädagoginnen aus den Brennpunktprojekten in Hessen austauschen. Dieses Netzwerk ist für unser Projekt wichtig, um Infos mit anderen Projekten auszutauschen und gemeinsam solidarisch Aktionen durchzuführen und politische Forderungen zu stellen.

Jürgen Mühlfeld: Für mich ist die LAG vor allem Koordinationsstelle und Ausgangspunkt eines landesweiten Netzwerkes, bestehend aus Projekten, welche mit Menschen aus „Sozialen Brennpunkten“ arbeiten. Die LAG fördert den Austausch und hilft bei der Entwicklung gemeinsamer Positionen zu aktuellen politischen Themen. Dies geschieht auf den BewohnerInnentagungen, Tagesveranstaltungen und Fachtagungen. Sie ist somit ein Sprachrohr für die Projekte auf der landespolitischen Ebene, ermöglicht aber auch den direkten Kontakt zu LandespolitikerInnen. Ein Beispiel hierfür war der Besuch der hessischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Frau Stiewitt in der Rodgaustraße, der durch die LAG zustande kam. Dadurch war es uns möglich, im direkten Gespräch mit der Ministerin deutlich zu machen, wie dringend notwendig die grundlegende Sanierung des Wohngebietes ist und dafür entsprechende Landesmittel bereitgestellt werden müssen.

Mit Hilfe der LAG-Zeitung können die Projekte eigene Positionen und Vorstellungen einem breiten Publikum vermitteln und sich über Entwicklungen andernorts informieren.



Käthe Bauer, Helga Ries, Johanna Brunner, Gabi Pilz und Jürgen Mühlfeld bei der Mitgliederversammlung (Foto: LAG-Archiv)

Helga Ries: Wir können nur die Anträge stellen, ob die Politiker das dann auch umsetzen, ob wir mit unseren Forderungen durchkommen, das kann man nicht wissen.

Die LAG als Verein

Walter Ries: Die Mitgliederversammlungen fand ich langweilig, da waren viele Dinge, die ich nicht verstanden habe. Da ist alles so förmlich, da sitzt du dir den Arsch platt und hoffst nur, daß es bald fertig ist.

Helga Ries: Ich denke, es ist einfacher in Gruppen zu arbeiten, wie das ja jetzt z.T. gemacht wird.

Robert Ries: Wenn du eine Aufgabe bekommst z.B. in der Gruppe, dann spricht man dich auch persönlich an. Und wenn ich an einer Aufgabe arbeite, dann kann ich mich auch besser beteiligen. Du kannst nur

dann etwas mitkriegen, wenn du aktiv mitmachst.

Johanna Brunner: Manche hören aber auch nicht zu und stimmen trotzdem ab.

Claudia Ries: Es müßten weniger Fachausdrücke verwendet werden.

Helga Ries: Wir sind alle keine Studierenden und verstehen die Wörter nicht. Ich kann nicht über was abstimmen, wenn ich es nicht verstanden habe.

Claudia Ries: Neue Leute wissen nicht worum es geht, die bräuchten eine Einführung. Du denkst, wenn du was Falsches sagst, lachen alle über dich. Es müßte Kurse geben, wo man lernt, den Mund aufzumachen.

Jürgen Mühlfeld: Ich glaube, daß SozialarbeiterInnen, indem sie oft das Reden übernehmen, verhindern, daß die Leute das lernen. Oft ist es für die BewohnerInnen natürlich auch bequemer, nach dem Motto: „unser Sozialarbeiter macht das schon“. Außerdem merken die Leute dadurch auch weniger, wenn sie etwas nicht verstanden haben.

Die LAG ist eine Infobörse, ein unterstützender Kreis, nette Leute und Spaß an der Arbeit. Ganz wichtig ist auch, daß bei den Hauptamtlichen fitte Leute sind, die sich nicht gegenseitig blockieren.

Elsche Strauss-Wilts

Helga Ries: Erst muß man sich mal trauen, in einer kleinen Gruppe den Mund aufzumachen und dann in einer großen. Ich habe lange gebraucht, bis ich es geschafft habe.

Johanna Brunner: Manchmal frage ich mich auch, ob das, was da besprochen wird, auch umgesetzt wird.

Jürgen Mühlfeld: Durch die Mitgliederversammlung können sowohl SozialarbeiterInnen als auch BewohnerInnen, die Arbeit der LAG mitgestalten. Allerdings wäre es meiner Meinung nach wünschenswert, die Möglichkeiten der Einflußnahme zu erweitern und die Sichtweise und Wünsche der Basis stärker zu berücksichtigen.



Die DarmstädterInnen bei einer Sozialhilfeaktion in Bonn (Foto: Jürgen Maier)

DIE LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN E. V. EIN VEREIN WIE JEDER ANDERE?

Als ich 1985 zum ersten Mal mit der LAG zu tun hatte, war mir nicht bekannt, daß es sich um einen eingetragenen Verein handelt. Erst ein Jahr später, im Vorfeld zur zentralen Mai-Tagung und der sich wie immer anschließenden Mitgliederversammlung, wurde mir diese Tatsache bewußt. Damals stellten wir für unseren Sozialhilfereverein einen Aufnahmeantrag.

Nun gehört aber zu jedem Verein auch ein bißchen Geselligkeit. Und an den zeitlichen Freiräumen, welche es bei jeder Tagung gibt, kann man diesen Verein LAG kennenlernen. Hier sitzt man zusammen, tauscht sich aus, lernt sich besser kennen und verstehen. Bei manchem Fest wurden Kontakte weit über die eigenen Stadtgrenzen hinaus geknüpft.



Bernhard Horch als Versammlungsleiter der Mitgliederversammlung (Foto: LAG-Archiv)

Die LAG - ein Verein wie jeder andere? Diese Frage muß man bei genauerem Hinsehen mit „Nein“ beantworten. Denn beim ersten Kontakt mit diesem Verein erhält man den Eindruck, daß es sich hier um eine Organisation handelt, welche auf einem hohen, fachlichen Niveau Wissen vermittelt, Anregungen gibt und gezielt Beratungsarbeit leistet. Hierzu gibt es eine entsprechende Anzahl von Referenten und Referentinnen mit vorbildlichem Know How.

Die Satzung: Betroffene bei Entscheidungen im Vordergrund

Wenn man sich die Satzung der LAG näher anschaut, wird hier bereits deutlich, daß dieser Verein andere Zielsetzungen verfolgt und deshalb auch eine andere Arbeitsweise haben muß als z.B. ein Kegelclub. So steht z.B. in § 2 Vereinszweck:

„Dies soll erreicht werden durch Eltern- bzw. Familienbildung auf Tagungen, Bewohnerrats-schulungen und Förderung von Betroffengruppen, in denen berufliche, soziale und erzieherische Fragen behandelt bzw. praktisch erprobt werden.

Zur politischen, sozialen und kulturellen Bildung der Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten in Hessen und zur Unterstützung und Ergänzung der örtlichen Jugendarbeit sollen überörtliche und zielgruppenspezifische Bildungsangebote organisiert und durchgeführt werden.“

Ein anderer Satzungsbestandteil ist aber nach meiner Meinung ebenfalls sehr wichtig und von zentraler Bedeutung:

„Aktive Mitglieder können bis zu zwei Delegierte mit Sitz und Stimme auf die Mitgliederversammlung entsenden. Werden zwei Delegierte entsandt, muß mindestens eine(r) ein(e) Betroffene(r) sein.“

Hier wird eine weitere Besonderheit deutlich. Es gibt die unterschiedlichsten Bildungs-, Berufs- und Sozialschichten in der LAG und dieser Passus stellt hier eindeutig sicher, daß der/die Betroffene bei den Entscheidungen im Vordergrund zu stehen hat und mitentscheidet.

Die LAG leistet viel für Bedürftige. Der Jürgen hat mich beraten, mir geholfen, da bin ich sehr mit zufrieden. Ich bin auch Mitglied.

Erich Kellerhoff

Als sich unser Sozialhilfeverein auflöste, stellte ich seinerzeit einen Aufnahmeantrag als Einzelmitglied. Es war einfach so, daß ich die vielfältig geknüpften Kontakte nicht vermissen und auf die zahlreichen Informationen und den damit verbundenen Blick über den eigenen Tellerrand hinaus nicht verzichten wollte.

Aber wer so viel Nutzen von der LAG hat muß sich einbringen und ich werde dies auch zukünftig während der zentralen Mai-Tagung und in der Mitgliederversammlung tun.

Die Arbeit im Vorstand

Darüber hinaus hatte ich mich bereits 1987 entschlossen, auf der Herbst-Mitgliederversammlung zu kandidieren, um auch im „Entscheidungsgremium des täglichen Geschäftes“, dem Vorstand, mitzuwirken,

zuerst als Beisitzer, aber seit 1991 als Kassierer im geschäftsführenden Vorstand.

Damals, gewissermaßen als Betroffenenvertreter, war der Einstieg in diese Arbeit nicht einfach. Die Referenten mit ihrem fachlich hohen Niveau, viele Entscheidungen, welche auch im Zusammenhang mit vorangegangenen Beschlüssen zu sehen waren, die sprachlichen Unterschiede zwischen Fachlatein und Umgangssprache machten mir den Einstieg schwer. Hier war es für mich gut zu wissen, daß mit dem langjährigen Vorsitzenden, Hartmut Fritz, ein mit der Materie bestens vertrauter Mensch die Fakten zusammenführt. Dies hat dann auch zur Folge, daß viele Fäden in seiner Hand gehalten werden. Auch hier geht es nicht ohne gegenseitiges Vertrauen.

Ich erhielt bei meinem Einstieg viele Kenntnisse und Informationen vom leider inzwischen verstorbenen Rudi Andrä vermittelt, welcher viele Jahre Vor-



Mitgliederversammlung Juni 1994 (Foto: LAG-Archiv)

standsmitglied der LAG war. Aber zunehmend konnte ich mich einarbeiten, war bei vielen Projekten schon vor Ort und mußte feststellen, daß die LAG ein sehr sensibler Verein ist.

Viele Interessen sind zu berücksichtigen

Die Anerkennung der Arbeit der handelnden Menschen vor Ort muß genauso bedacht werden wie rücksichtsvoller Umgang mit den Menschen, die in den anderen Organisationen, Ministerien und Entscheidungsgremien arbeiten. Auch die Menschen, die in der Geschäftsstelle tätig sind, benötigen Anerkennung und die Sicherung des Arbeitsplatzes. Und über allem darf nicht vergessen werden, daß wir zwar ein Verein, aber die Lobby für die betroffenen Menschen in den sozialen Brennpunkten sind. Das heißt, jede Entscheidung des Vorstandes muß in alle genannten Richtungen abgeklopft werden und muß notfalls auch bei den Mitgliederversammlungen bestehen können.

Die LAG ist für mich interessant, weil sie immer wieder was macht. Da kennst Du die Leute, kannst Dich austauschen, diskutieren, mal gemeinsam was tun. Und man lernt viel. Bei den Tagungen hat man mal für die Tage Abwechslung und mein Eindruck ist, auch den anderen gefällt's. Schade ist, daß aus den Siedlungen nicht mehr dazu mitfahren. Da müßte man mal dran arbeiten.

Kalli Bern

Ich gebe gerne zu, daß ich mir manchmal eine schärfere Tonart der LAG wünsche, wenn es um Forderungen für Betroffene geht. Im Geflecht des oben erwähnten Beziehungsnetzes erscheinen allerdings immer öfter die ruhigen, sachlichen und fachlichen Argumente überzeugender und wirkungsvoller. All das macht die Arbeit für die LAG und die Menschen, für die die LAG wirken will, aufregend, spannend und sinnvoll. Und das wichtigste ist mir bei dieser Arbeit, daß auch weiterhin die Tagungsangebote erhalten bleiben, denn hier sehe ich den großen Nutzen für alle.

Eigentlich habe ich keine Vorstellung von der LAG, da ich zum ersten Mal hier auf Tagung bin. Früher hat mich Politik nicht interessiert, aber durch die Tagung habe ich einen Draht dazu gekriegt. Vor allem dadurch, die Politikerinnen mal selber zu sehen und zu hören, wie sie auf Fragen eingehen. Ich geh' jetzt mit Bewußtsein wählen.

Manuela Schöppe

Mit Festigkeit die eigene Meinung vertreten

Welchen Nutzen die LAG bringt ist die Frage? Nun, das ist schnell beantwortet. Besucht man die Tagungsangebote regelmäßig, gewinnt man an Festigkeit, die eigene Meinung zu vertreten und erarbeitet sich auch Argumente. Dies führt zu mehr Selbstsicherheit, der Umgang mit „hohen Tieren“ wird einfacher, es entwickelt sich ein Interesse für gesellschaftliche und politische Zusammenhänge. Auch die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls darf nicht vergessen werden. Darüber hinaus habe ich viele schöne Feste und Feierlichkeiten in Erinnerung, und in jedem Falle werden die persönlichen Kontakte für mein Leben bereichernd wirken.

Nun besteht in diesem Jahr diese Landesarbeitsgemeinschaft 20 Jahre als Verein. Ich wünsche diesem Verein noch viele weitere Jahre und hoffe, daß er auch in der Zukunft die notwendige Kraft hat, sich neuen Entwicklungen anzupassen.

Bernhard Horch

**WER MACHT WAS?
ANSPRECHPARTNER/INNEN BEI DER LAG**

VORSTANDSMITGLIEDER DER LAG:

1. Vorsitzender	Hartmut Fritz
2. Vorsitzende	Heide Koradin
Kassenwart	Bernhard Horch
Beisitzerinnen	Monika Grötzinger
	Angelika Happich
	Stefanie Paul
	Gisela Zwigart-Hayer

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER GESCHÄFTSSTELLE:

Peter Adler	Rockmobil Kassel
Anette Dittrich	Referat Existenzsicherungsberatung
Edwin Herrmann	Referat Existenzsicherungsberatung
Christina Hey	Frauenreferat, LAG-Zeitung
Simone Iser	Verwaltung
Erhard Kristen	Rockmobil Gießen
Monika Lorenz	Verwaltung
Jürgen Maier	Referat Soziale Sicherung
Elke Maywald	Buchhaltung
Thomas Müller	Rockmobil Frankfurt
Michael Palkovich	Referat Existenzsicherungsberatung
Uwe Roepe	Rockmobil Gießen
Uwe Schmidt	Rockmobil Kassel
Reinhard Thies	Referate Wohnen und Mieten/Spiel- und Lernstuben
Bettina Wiederspahn-Wolf	Jugendbildungswerk
Eleonore Zientek	Buchhaltung
N.N.	Geschäftsführer/in

DIE SPIEL- UND LERNSTUBEN - RÜCKBLICK, PERSPEKTIVE ODER: ES GIBT VIEL ZU TUN ...

Zwanzig Jahre LAG? - Die Spiel- und Lernstuben haben ihr Zwanzigjähriges schon 1987 gefeiert.

Nicht ohne Grund haben die Spiel- und Lernstuben diesen „Altersvorsprung“. Für viele der Projekte, die sich vor zwanzig Jahren in der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. zusammengeschlossen haben, hat alles so angefangen wie in Marburg im „Krekel“, in Gießen in der „Margarethenhütte“ und in Wiesbaden im „Mühlthal“: Ehrenamtliche HelferInnen gingen in die Obdachlosensiedlungen, um vor allem den Kindern zu helfen. Die Spielnachmittage und die Hausaufgabenhilfe waren eine ganz praktische Hilfe, die außerdem den „Einstieg“ in die Arbeit mit den erwachsenen Bewohnern der Siedlungen wesentlich erleichterte. Über die Kinder kommt man noch allemal ins Gespräch ...

Die LAG bedeutet für mich Information und Austausch. Sie ist ein Diskussionsforum, um weiterzukommen, was die Zukunft der Arbeit angeht. Sie ist für mich auch politische Lobby, das hängt auch davon ab, wie aktiv wir selber sind. Sie ist Lobby für die Projekte und für die Projektarbeit. Und auch wenn wir selbst nicht aktiv sind, machen die Hauptamtlichen Lobbyarbeit.

Sabine Lust

Aus den Anfängen hat sich bis heute viel Positives entwickelt - so viel, daß mancherorts gefragt wird, ob die Spielstube denn überhaupt noch nötig sei, ob sie ihr

Ziel nicht längst erreicht habe. So sind denn vor dem Hintergrund von Sozialabbau und massiver Verschlechterung der Lebenssituation von Kindern in unserer Gesellschaft (nicht mehr nur in den „klassischen“ Brennpunkten) die Spiel- und Lernstuben wieder einmal gefordert, ihre Ziele und Arbeitsansätze zu überprüfen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Nicht anders als 1967 gilt es heute, Ursachen zu erforschen, Maßnahmen anzuregen und Methoden zu entwickeln, um die Lebenssituationen der Kinder nachhaltig zum Besseren zu verändern.

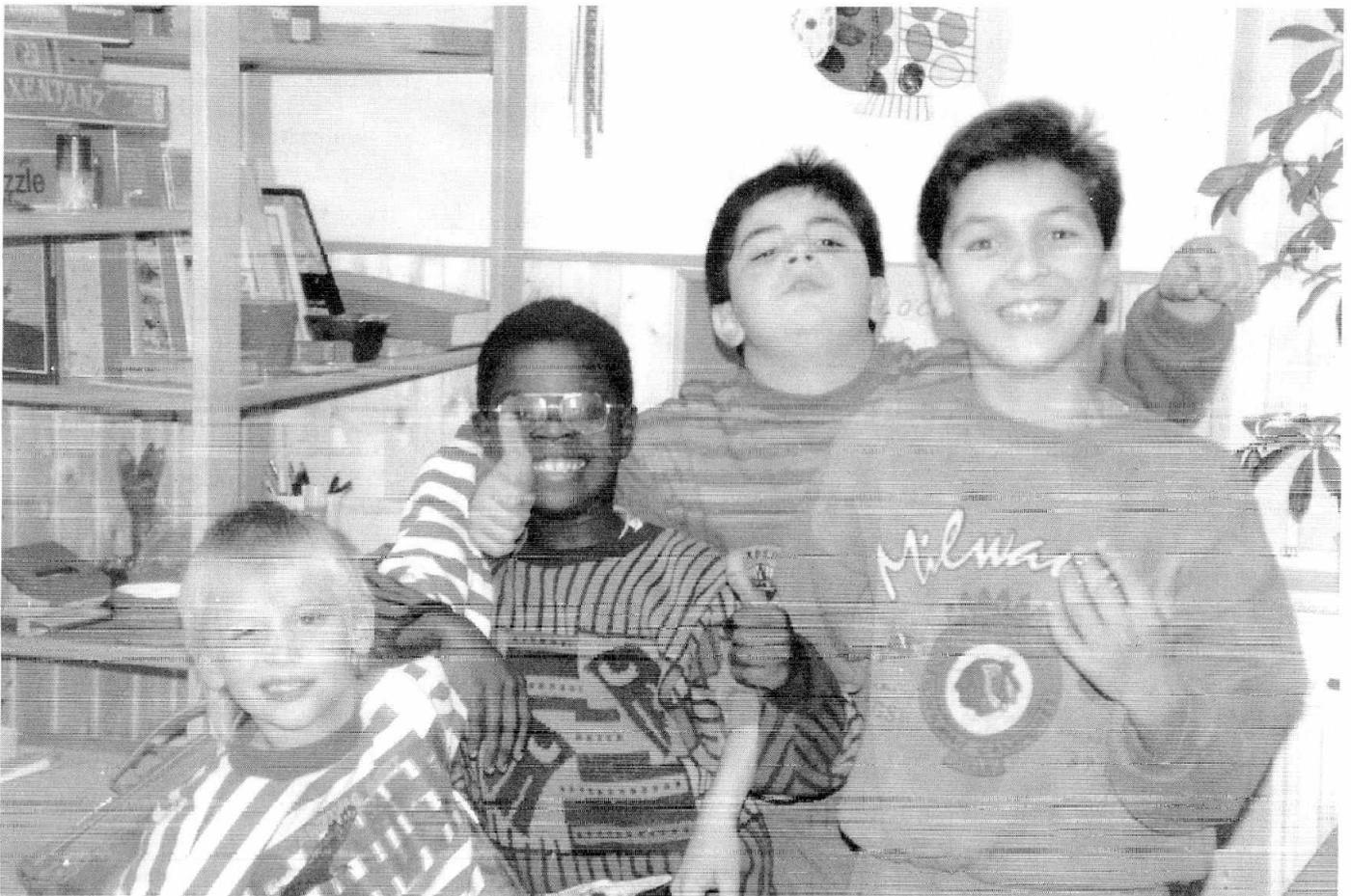
Veränderung von Lebenssituationen durch Ausbau (oder nur Erhalt) von sozialer Infrastruktur geht in Zeiten leerer Kassen und falscher sozialpolitischer Prioritätensetzungen nur in der gemeinsamen Aktion aller Akteure im Stadtteil. Neue Ressourcen werden - wenn überhaupt - nur noch in der politischen Auseinandersetzung erschlossen und immer mehr Projekte spüren derzeit, daß es in dieser Auseinandersetzung nicht ausreicht, sich darauf zu berufen, daß man seit Jahren eine hervorragende und von allen anerkannte Arbeit leistet.

Mehr als je zuvor müssen die Spiel- und Lernstuben heute Motor der lokalen Entwicklung sein. Foren dafür sind Stadtteilarbeitskreise, Stadtteilkonferenzen, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG und alle Gremien, in denen gemeinsam mit den anderen Akteuren im Viertel - aus der Kita, dem ASD, etc. - Konzeptionen für die Entwicklung im Stadtteil erarbeitet werden.

Viele „Stuben“ sind mit dem Anspruch angetreten, den durch ihre Lebens- und Wohnsituation besonders benachteiligten Kindern auf Dauer zur Integration in die regulären Einrichtungen der Kinderbetreuung zu verhelfen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir die öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträger nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, dieses „Regelangebot“ auch bereitzustellen. Wie dieses Angebot auszusehen hat, damit es sich tatsächlich an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientiert (so wird es vom KJHG verlangt), kann nur auf lokaler Ebene, und wiederum nur gemeinsam mit allen Beteiligten entwickelt und eingefordert werden. Bei einer Diskussion, die sich zur Zeit allein auf den kommenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

(halbtags, für die 3-6 jährigen) konzentriert, ist es dann schon ein positives Zeichen, wenn es einer Spiel- und Lernstube gelingt, den fälligen Neubau des benachbarten städtischen Kindergartens zum Anlaß zu nehmen, in der Stadtteilkonferenz die Konzeption eines Kinderzentrums zu entwickeln, das die Regelbetreuung in der Kindertagesstätte mit der offenen und niedrigschwelligen Arbeitsform der Spiel- und Lernstube unter einem Dach vereint (so geschehen in Wiesbaden im „Schelmengraben“). Daß das Projekt auch verwirklicht wird, zeigt deutlich, daß auch in der augenblicklichen Situation noch Bewegung möglich ist.

Mathias Urban



(Foto: Kinder- und Beratungszentrum Sauerland)

EIN VIERTELJAHRHUNDERT SPIEL- UND LERNSTUBENARBEIT IN DER SIEDLUNG WACHSACKERSTRASSE/HOLLERMORGENSTRASSE IN WIESBADEN

Vom ehrenamtlichen Engagement ...

Auch in unserer Siedlung waren es zunächst einmal Studenten, die mit ihrem meist ehrenamtlichen Engagement versuchten, auf die Mißstände vor Ort einzuwirken. Mit dem Ziel, den innerhalb der Familien häufig vererbten Kreislauf von Obdachlosigkeit zu durchbrechen, wollte man die extrem hohe Sonderschulquote senken. Frei gewordener Wohnraum wurde von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt (gelegentliche Besetzungsaktionen leisteten dabei eine gewisse Überzeugungsarbeit) und mehr oder weniger provisorisch für die Schülerhilfe renoviert.

Auch wenn es in den damaligen Diskussionen nicht um bessere Bezahlung oder günstigere Betreuungsschlüssel ging, waren die geführten Debatten teilweise sehr heftig. Im Vordergrund stand dabei meist die Frage, ob man mit den jeweiligen Schulen zusammenarbeiten oder eine Art Gegenkultur entwickeln soll, wie es den „68ern“ eher entsprach. Letztlich setzte sich jedoch der Anspruch durch, die Kinder nicht im Sinne gesellschaftskritischer Positionen mißbrauchen zu wollen. Nur mit einem qualifizierten Schulabschluß bleibt ihnen schließlich die Entscheidungsfreiheit, welchen Platz sie später einmal in der Gesellschaft einnehmen werden.

Entsprechend entwickelte sich in unserer Einrichtung der Schulkinderbereich zum Aufgabenschwerpunkt. Eine Elementargruppe sowie Jugend- und Erwachsenenbereich runden die Arbeit altersmäßig nach oben und unten ab.

Anders als in vielen anderen Siedlungen, in denen sich entsprechende Vereine gründeten, konnte im Wachsacker die evangelische Kirchengemeinde als Träger und verlässlicher Partner gewonnen werden. Bei allen nachfolgenden Verhandlungen mit den unterschiedlichen Zuschußgebern zur Finanzierung der

Arbeit wirkte sich dieser Umstand außerordentlich positiv aus.

Hilfreich waren auch die sehr intensiven Kontakte zur LAG, die sich aber auf die Bereiche Sanierung, GWA und Existenzsicherung konzentrierten. Der pädagogische Kinderbereich gewann erst nach der Sanierung stärker an Bedeutung, hat sich aber inzwischen zu einem wichtigen Forum für die konzeptionelle Diskussion entwickelt.

... über die Professionalisierung in der Spiel- und Lernstube ...

Da sich in der Arbeit sehr schnell erste Erfolge zeigten, standen die Zeichen fortan auf Expansion. Um die Fluktuation gering zu halten, bekamen die Studenten Honorarverträge. Mit zunehmender Ausweitung auch der Freizeitarbeit und der damit verbundenen zeitlichen Ausweitung des Angebotes wurde der Ruf nach mehr Hauptamtlichen immer lauter.

Nach 15 Jahren typischer Spiel- und Lernstubenarbeit wurde der Stellenplan nachhaltig geändert. Honorarstellen wurden zu Erzieherstellen zusammengefaßt und damit eine Entwicklung in Richtung Regeleinrichtung eingeleitet. Zunächst noch sehr bescheidene Elternbeiträge sollten in der Arbeit für mehr Verbindlichkeit sorgen. Tatsächlich gewannen die Plätze auch aus Sicht der Eltern durch diesen Schritt an Attraktivität. Parallel dazu wurden der Jugend- und Erwachsenenbereich durch zwei neue Sozialarbeiterstellen weiter ausgebaut.

Sonderschulquoten, Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität gingen in der Folge drastisch zurück. Der damit eingeleitete Normalisierungsprozeß wurde durch die 5 Jahre später erfolgte Sanierung der Siedlung untermauert. Dieser Prozeß wurde von Jugendlichen, die praktisch alle ihre Kindheit in der Spiel- und Lernstube verbracht hatten,

massiv mitgetragen. In diesem Zusammenhang war es auch nicht mehr ihr Hauptanliegen, den Sprung aus der Siedlung zu schaffen, sondern die Bedingungen innerhalb der Siedlung zu verändern. Aufgrund dieser Standorttreue haben wir heute nicht wenige Anmeldungen im Elementarbereich von Eltern, die selbst einmal die Spiel- und Lernstube besuchten.



(Foto: Kinder und Beratungszentrum Sauerland)

... hin zur Regeleinrichtung

Daneben berücksichtigen wir aber auch Anmeldungen von angrenzenden Wohngebieten, so daß wir einer Gettoisierung des Brennpunktes auch in dieser Hinsicht entgegenwirken. Nach der Sanierung war hier ein deutlich gestiegenes Interesse zu verzeichnen und Vorbehalte sind heute kaum noch spürbar. So sind wir auch gut vorbereitet auf einen möglichen Umzug in das angrenzende Neubaugebiet „Neu-Sauerland“ in 4 oder 5 Jahren. Bis dahin wird eine endgültige Öffnung für den Stadtteil erfolgen, ohne die besonderen Bedürfnisse der BewohnerInnen des „ehemaligen“ Brennpunktes ganz aus den Augen zu verlieren. Die damit verbundenen Ängste und Hoffnungen beschreibt unser Jahresbericht bereits 1991 in seinem letzten Abschnitt „Perspektiven“ sehr deutlich:

„Trotz aller Kontinuität im Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbereich ist die Einrichtung

offen für Veränderungen, die sich zwangsläufig ergeben durch die Sanierung der Obdachlosensiedlung, aber auch durch die Siedlung Neu-Sauerland. Die Gefühle sind dabei sowohl bei den BewohnerInnen als auch bei den MitarbeiterInnen gemischt.

Wir freuen uns gemeinsam auf die neue Ganztagschule und den kurzen Schulweg, auf den Abenteuerspielplatz, der den jetzigen

Bolzplatz sinnvoll integrieren wird und natürlich auf die neuen Kindertagesstätten, die ihren Beitrag zur Eingliederung des Neubaugebietes in das Sauerland und natürlich auch zur völligen Integration der ehemaligen Obdachlosensiedlung in den neuen Stadtteil leisten werden.

Angst haben wir dagegen vor der Verkehrszunahme auf den ohnehin schon überlasteten Straßen. Auch verlieren wir eine fast schon

idyllisch zu nennende Ortsrandlage. Weiterhin fragen wir uns, ob die geplanten Einrichtungen dem Bedarf auch gewachsen sein werden, vor allem im Jugendbereich. Das größte Unbehagen bereitet aber die Angst vor der Anonymität eines aus dem Boden gestampften Stadtteils, in dem auch eine noch so sorgfältige Planung langsam gewachsene Strukturen nicht ersetzen kann.“

Inzwischen beschäftigt uns zusätzlich die politische Diskussion um das Recht auf einen Kindergartenplatz. Durch unsere Nähe zu Regeleinrichtungen werden auch wir zur Schaffung neuer Elementarplätze auf Kosten des Hortbereiches gedrängt. Der ganzheitliche Ansatz, der sich vor allem in einer sehr erfolgreichen Jugendarbeit zeigte, ginge so zwangsläufig verloren. Und damit würde auf eine Ganzheitlichkeit verzichtet, die gerade Einrichtungen in Sozialen Brennpunkten auszeichnete und an der sich auch Regeleinrichtungen zunehmend zu orientieren begannen.

Gustav Förster

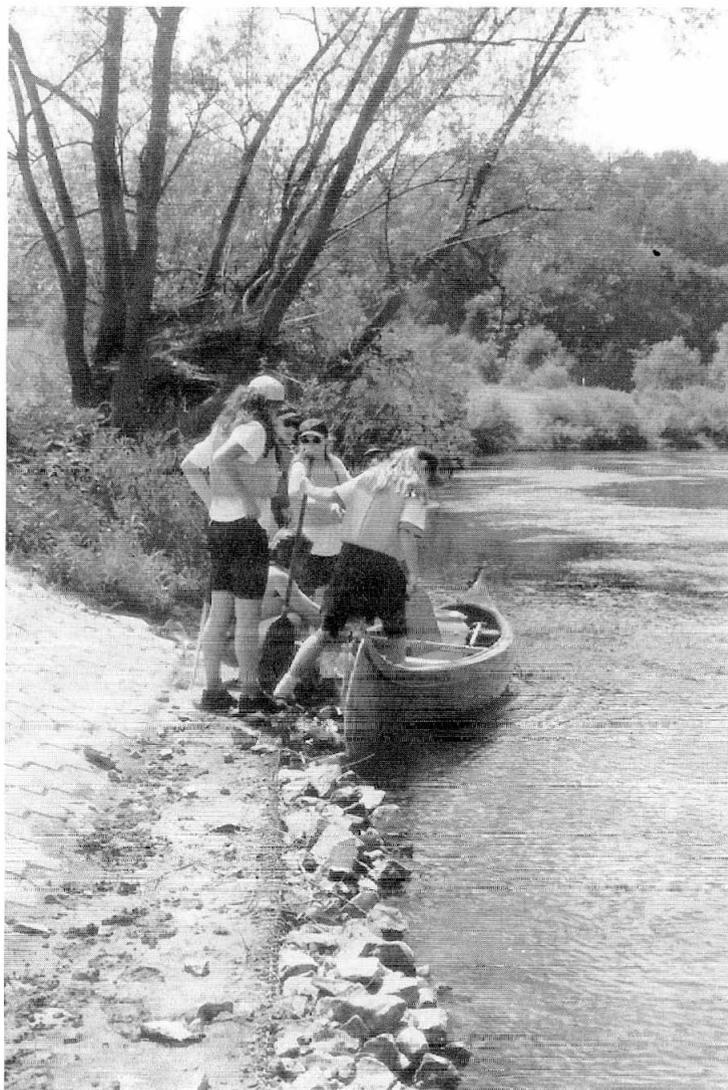
20 JAHRE LAG 10 JAHRE JUGENDBILDUNGSWERK

Das Jugendbildungswerk der LAG wurde 1984 eingerichtet und ist hessenweit tätig. Der Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich „Bildungsarbeit mit benachteiligten Jugendlichen aus hessischen Sozialen Brennpunkten“, d.h. in der Entwicklung zielgruppenadäquater, teilweise geschlechtsspezifischer Bildungskonzepte, der Durchführung von Bildungsveranstaltungen und der Koordination und Beratung der vor Ort tätigen Jugendeinrichtungen in Sozialen Brennpunkten.

Die Jugendlichen sollen befähigt werden, ihre persönlichen sozialen Lebensbedingungen zu erkennen, Lebens- und Handlungsperspektiven zu entwickeln, ihre gesellschaftlichen Interessen demokratisch durchzusetzen und emanzipatorische Fähigkeiten für Arbeitswelt, Freizeit und gesellschaftliche Tätigkeit zu entwickeln, um damit letztlich der Zielsetzung der Erreichung von Chancengleichheit näher zu kommen. Sie sollen

- die Möglichkeit erhalten, die Einsicht in ihre Interessenlage als BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte zu vertiefen und Zusammenhänge zwischen Gesellschaftspolitik und gesellschaftlicher Ausgrenzung zu erkennen;
- befähigt werden, am Abbau bestehender Benachteiligungen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte mitzuwirken und entsprechende subjektive Voraussetzungen (wie etwa Selbstbewußtsein, Selbstvertrauen, Kreativität ...) aufzubauen;
- Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden herstellen, um die Isolation und Stigmatisierung der Notunterkunftsgebiete zu durchbrechen und neue Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit sich und anderen zu ermöglichen.

schiedlichen Schwerpunkten durchgeführt werden. In diesem Jahr sind dies z.B. Maßnahmen im Bereich der Erlebnispädagogik wie Kanufahren und Klettern. Andere Angebote beziehen sich auf die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der eigenen Persönlichkeit und ihren Zukunftsvorstellungen. Dazu gehört ein Berufsorientierungswochenende und ein Buchprojekt. Natürlich gibt es auch einen Musikworkshop mit unserem Rockmobil.



(Fotos: Bettina Wiederspahn-Wolf)

Konkret werden diese Ziele verfolgt, indem Jugendbildungsveranstaltungen mit unter-

Darüberhinaus gibt es regelmäßig stattfindende landesweite Arbeitstreffen mit den MitarbeiterInnen der Jugendarbeit vor Ort. Hier wird dem geschlechtsspezifischen Ansatz in der Weise Rechnung getragen, daß es im Rahmen der AG-Jugend zwei Arbeitskreise, den AK-Mädchen und den AK-Jungen gibt. Die MultiplikatorInnenarbeit findet statt in Form von überregionalen AG-Treffen, Fachseminaren und Fortbildungsveranstaltungen, von denen jährlich eine in Kooperation mit dem Landesjugendamt vorbereitet wird.

- der Überprüfung traditioneller Inhalte der außerschulischen Jugendbildung hinsichtlich ihrer Effektivität, Zielsetzung und Anwendbarkeit in sozialen Brennpunkten und
- der Entwicklung neuer Formen und Inhalte der Jugendbildung und ihrer Durchführung im Rahmen von Modellprojekten.

Aus einer solchen Entwicklung heraus entstand z.B. das Rockmobil der LAG. Ein anderes Modellprojekt „Zentrum für Ler-



Die Zielsetzung dieser Treffen und Fortbildungen liegt in

- der Gewährleistung des regelmäßigen Erfahrungsaustausches der FachkollegInnen,
- der Beratung bei Problemsituationen und Konflikten im Arbeitsfeld,
- der Mitwirkung an der Weiterqualifizierung der örtlichen Jugendarbeit in Richtung einer demokratischen, ökologischen und stadtteilorientierten Jugendarbeit durch Vermittlung fachlicher und methodischer Erkenntnisse,

nen und Arbeit“ (ZELA), ist aus der Gemeinwesenarbeit in den Gießener Brennpunkten und vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Frauenbeschäftigungsprojektes ZFF in enger inhaltlicher Diskussion mit dem Jugendbildungswerk der LAG entstanden und hat sich in Form eines eingetragenen Vereins etabliert. Beide Projekte werden ihre Arbeit im Folgenden darstellen.

Bettina Wiederspahn-Wolf

BERUFLICHE ORIENTIERUNG UND INTEGRATION FÜR MÄDCHEN: DAS ZENTRUM FÜR LERNEN UND ARBEIT (ZELA) E.V.

Zum Hintergrund der Entwicklung mädchengerechter Ansätze bei ZELA e.V.

Die inhaltliche Grundlage der Entwicklung mädchengerechter Ansätze in der Jugendberufshilfe geht auf die Erfahrungen in der Mädchen- und Frauenarbeit in der Gemeinwesenarbeit der sozialen Brennpunkte in Gießen zurück. Hier wurde deutlich, daß gerade die Zielsetzung der beruflichen Integration von Mädchen nur über eine speziell auf sie zugeschnittene Konzeption zu realisieren ist, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihrer Entwicklung ansetzt und sie kontinuierlich über Vorbilder außerhalb des sozialen Brennpunktes begleitet. Aus

Berufsorientierung mit Mädchen und jungen Frauen aus sozial benachteiligten Lebenslagen

Das ZELA-Mädchenprojekt wurde von 1988-1992 als Modellversuch gefördert und ist seit Anfang 1993 in eine Projektförderung übergegangen, Einzelbestandteile des Projektes werden von der Stadt Gießen und vom Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit finanziert. Die pädagogische Arbeit des ZELA-Mädchenprojektes beginnt im Alter von 12 Jahren. So können sich die Mädchen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihrer Entwicklung spielerisch mit ihren Berufsphantasien

und - Wünschen auseinandersetzen.

Idealer verläuft der Berufsorientierungsprozeß im ZELA-Mädchenprojekt über rund vier Jahre bis zum Ziel einer stabilen - da auf einem fundierten Erfahrungshintergrund bei den Mädchen fußenden - Entscheidung. Hierbei spielt die intensive persönliche Beziehung zu den pädagogischen Mitarbeiterinnen eine zentrale Rolle. Im Rahmen der Berufsorientierung kommen

die Mädchen auf der Basis der Freiwilligkeit nachmittags einmal pro Woche in die Probierwerkstatt - ausgestattet im Holz-, Metall- und Elektrobereich -, wo sie für sich attraktive Produkte erstellen können und nehmen an den begleitenden Angeboten und Seminaren zur Berufsorientierung und



(Foto: ZELA)

diesen Erfahrungen heraus entstand zunächst das ZELA-Mädchenprojekt und später weitere Projekte bei ZELA e.V.. Vor diesem Hintergrund bestand auch immer eine enge inhaltliche Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte in Hessen e.V..

Lebensplanung teil. Nur mit einem pädagogischen Konzept der Berufsorientierung, - so unsere Erfahrung - das früh genug ansetzt und ausreichend Zeit für Entwicklungsprozesse in der Berufsorientierung läßt sowie gleichzeitig die besonderen geschlechtsspezifischen Konfliktlinien der Mädchen und jungen Frauen bearbeitet, kann diese Zielgruppe aus sozial benachteiligten Lebenslagen zu einer stabilen Berufswahl kommen. Dies birgt auch die Möglichkeit, frauenuntypische Berufsausbildungen zu ergreifen.

Die pädagogische Konzeption des ZELA-Mädchenprojektes bestätigte sich auf der ganzen Linie, es zeigte sich jedoch auch, daß neue Bausteine entwickelt werden müssen, um die Mädchen und jungen Frauen aus sozial benachteiligten Lebenslagen bei ihrer beruflichen Integration zu fördern. Dazu gehört die Einbeziehung lebensplanerischer Aspekte sowie eine mädchengerechte Ausbildungsbegleitung. Dieser Erfahrungshintergrund wurde zur Konzeption zweier neuer Modellprojekte verarbeitet.

Lebensplanung einbeziehen

Einer hiervon ist der Modellversuch „Entwicklung lebensplanerischer Angebote und Methoden für Mädchen und junge Frauen aus sozial benachteiligten Lebenslagen“ wird vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und über AFG-Mittel finanziert.

Die Konzeption dieses Modellversuches geht davon aus, daß Mädchen und junge Frauen während ihrer Entwicklungsprozesse sehr viel schwierigeren Identitätskonflikten gegenüberstehen als Jungen. Sie müssen sowohl Ausbildung und Erwerbstätigkeit als auch die Rolle der Hausfrau und Mutter in ihr Lebenskonzept zu integrieren suchen. Diese konflikthafte Auseinandersetzung muß unserer Ansicht nach kontinuierlich in den Berufsorientierungs-

prozeß einbezogen werden, um eine wirklich stabile Berufsorientierung und -entscheidung herbeiführen zu können. Aus diesem Grund sind die lebensplanerischen Angebote ein integraler Bestandteil der gesamten Arbeit bei ZELA e.V..

Ausbildung begleiten

Der Modellversuch „Ausbildungsbegleitung von deutschen und ausländischen Mädchen und jungen Frauen aus sozial benachteiligten Lebenslagen mit angegliederter Lobbyarbeit zur praxisbezogenen Strukturverbesserung in der Jugendberufshilfe“ wird gefördert vom Bundesministerium für Frauen und Jugend sowie vom Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung.

Die Zielsetzung der Ausbildungsbegleitung sieht wie folgt aus: Es sollen die Ausbildung gefährdende Konflikte, insbesondere auch für junge Frauen in gewerblich-technischen Ausbildungsgängen bearbeitet werden. Besondere Berücksichtigung sollen dabei die geschlechtsspezifischen Konfliktlinien finden und flankierende Leistungsunterstützung gewährleistet werden. Ebenso wird mit den beruflichen Schulen in Form der Einzelfallbetreuung kooperiert und gemeinsam mit ihnen ein mädchen-spezifischer Förderunterricht zur Stabilisierung der Ausbildungsmotivation gestaltet. Darüber hinaus soll eine enge Kooperation mit allen im Einzelfall ausbildenden Betrieben erfolgen und eine intensive Lobbyarbeit zur strukturellen Verbesserung der Ausbildungssituation von jungen Frauen aus sozial benachteiligten Lebenslagen erfolgen.

Bärbel Geiß

LET'S PLAY TOGETHER - ROCKMOBILE DER LAG

Die Entstehungsgeschichte des Rockmobils reicht bis ins Jahr 1976 zurück. Damals kamen Jugendliche aus Marburg, Gießen und Darmstadt im Zuge von gemeinsamen Projekten erstmals mit Musikinstrumenten in Berührung. Von Anfang an zeigte sich, daß Rockmusik als Medium der Jugendarbeit bei Jugendlichen auf ein breites Interesse stieß und damit besonders auch solche Mädchen und Jungen erreicht werden können, die ansonsten von vielen Angeboten eher ausgeschlossen sind.

Wurde anfangs auf zerfetzten Wandergitarren geübt, änderte sich dies ab 1986 mit der Einrichtung des Rockmobils Gießen als Projekt des Jugendbildungsreferates der LAG.

1988 kam das Rockmobil Frankfurt und 1989 das Rockmobil Kassel dazu, die jeweils mit einem Kleinbus und einer kompletten Bandausrüstung ausgestattet - begannen, in ihren Städten Jugendclubs und Ausbildungsprojekte aufzusuchen und dort regelmäßige Übungsabende anzubieten.

Insgesamt wurden seither an die 150 hessische Bands teilweise schon in der dritten Generation von uns aufgebaut und dies fast nur mit Jugendlichen ohne musikalisch-technische Vorkenntnisse. Einige dieser Gruppen arbeiten nun schon länger in Eigenregie weiter, nachdem sie über zwei bis drei Jahre hinweg vom Rockmobil betreut worden waren. Das Rockmobil spricht hier gerade die Jugendlichen an, die von sich aus nie die materiellen und sozialen Rahmenbedingungen gehabt hätten, jemals eine Gitarre oder ein anderes Instrument in die Hand zu nehmen.

Neben unserer Bandarbeit führten wir in den letzten Jahren außerdem etwa 300

Schnupperkurse durch. Zeitungsartikel über das Rockmobil füllen schon Ordner, und viele Jugendhäuser haben aufgrund unserer Einstiegsarbeit inzwischen eine eigene Musikanlage angeschafft und einen Übungsraum ausgebaut.

Vorträge in kirchlichen Einrichtungen, Universitäten, Jugendbildungs- und Weiterbildungsstätten wurden von uns gehalten und es gab auch schon einige Berichte in Funk und Fernsehen.

Die LAG ist ein ziemlich vielfältiges Arbeitsfeld. Es gibt viele Bereiche, und am Anfang kann man nicht immer die Zusammenhänge erkennen. Dann sieht man Querverweise, z. B. bei der Frage der Armut, die auch für Jugendliche eine zunehmende Rolle spielt. Und Jugend selbst ist ein zentrales Thema geworden durch den Rechtsradikalismus.

Die LAG ist für mich ein liebenswertes Relikt aus der Zeit der engagierten Sozialpolitik. Inzwischen ist fast alles professionalisiert. Wahrscheinlich hat die LAG kaum eine Chance, sich zu behaupten. Der Legitimationsdruck wird größer und ums Geld muß professioneller gekämpft werden. Der Zeitgeist hat sich geändert und heute gibt es wohl zuwenig Verbündete.

Burkhard Hill

Mit Vereinen, der örtlichen Musikszene, Jugendhäusern, Jugendämtern und -einrichtungen wurden Kooperationen entwickelt und ausgebaut. Unzählige Videoaufnahmen und mehrere Toncassetten dokumentieren die oft auf hohem musikalischen Niveau entwickelte Arbeit. Eine wissen-

schaftliche Untersuchung über das Rockmobil, ein Handbuch der Rockmusik in der Jugendarbeit (in der Rockmobil selbst etliche Beiträge geschrieben hat), mehrere Abschlußarbeiten an Fachhochschulen, Artikel in wissenschaftlichen Fachpublikationen und mehrere Broschüren wurden in den letzten Jahren veröffentlicht. Eine Menge Feste und Konzerte in Jugendeinrichtungen wurden mit viel Spaß von uns mitorganisiert und mitgestaltet und dienten den Jugendlichen dazu, ihr Musikprogramm einem großen Publikum zu präsentieren.



(Foto: Jugendhaus Gallus)

Mit KollegInnen in Polen, Russland und Frankreich wurden Jugendaustauschprogramme aufgebaut, die auch weiterhin kontinuierlich gepflegt werden. Zu guter letzt gründete sich auch noch eine LAG-Hausband (die beste Betriebsband in Hessen!), deren Team sich aus den drei Rockmobilen zusammensetzt und die sich für alle großen LAG-Feste gerne zur Verfügung stellt.

Insgesamt hat das Rockmobil der LAG eine Vorreiterrolle für andere Musikprojekte in der BRD eingenommen. War es am Anfang eher ein vereinzelt Modell, so hat sich dies mittlerweile gewaltig geändert. Auf Bundesebene gibt es inzwischen etwa 10 Rockmobile, die Verbindung zwischen Musik und Sozial-/Jugendarbeit ist auch durch unser Zutun ein nicht mehr wegzudenkender Faktor geworden. Hier noch einmal herzlichen Dank an unsere Ex-KollegInnen Günter, Elke, Burkhard und Lothar, die das Rockmobil durch ihren engagierten Einsatz aufgebaut bzw. weiterentwickelt haben.

Trotz der kommunalen Einsparungen und der damit bedrohlichen Situation für die Rockmobile der LAG hoffen wir, sie auch in den nächsten Jahren erhalten zu können

Tom Müller

WIR SIND AUF DEM WEG - FRAUEN IN DER LAG

Schon immer waren es in den Brennpunkten die Frauen, die als erste aktiv wurden, wenn es darum ging, sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Familie oder des ganzen Viertels einzusetzen. So ist denn auch die 20-jährige Geschichte der LAG wesentlich mitgeprägt von ihrem Engagement und ihrer Initiative.

Daß es auch die Frauen sind, die am stärksten von Armut bedroht sind, daß sie die Hauptlast tragen, wenn eine Familie in Armut fällt und daß sie in dieser schwierigen Lebenssituation große Stärke und viele Fähigkeiten entwickelt haben, das hat die Frauenarbeit in der LAG in den Blick gerückt.

1977 trafen sich Frauengruppen aus Hessischen Brennpunkten zum ersten Mal zu einem Erfahrungsaustausch. Weitere Treffen folgten, die Frauenbildungsarbeit wurde zu einem festen Bestandteil der LAG-Aktivitäten. 1985 wurde das Frauenreferat eingerichtet. Seither sind zahlreiche Initiativen entwickelt worden, um die Lebensverhältnisse von Frauen in Sozialen Brennpunkten und ähnlich ausgegrenzten Lebenssituationen zu verbessern.

Heute kann die Frauenarbeit in der LAG auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken: Die Eigenständigkeit und das Selbstbewußtsein der Frauen wurde gefördert. Es sind Entwicklungsprozesse in Gang gesetzt und begleitet worden. Angebote zur beruflichen Qualifikation von Frauen wurden entwickelt und in verschiedenen Kommunen durchgesetzt. Hier ist insbesondere das Zentrum für Frauenkooperativen (ZFF) als wegweisendes Modellprojekt der LAG zu nennen. Die Interessen und Belange von Frauen sind eingeflossen in die Planung und Durchführung von Sanierungsprojekten. Eine qualifizierte Bildungsarbeit

spricht über Jahre hinweg das Interesse der Frauen an. Ein starkes Netzwerk von Frauengruppen aus Sozialen Brennpunkten ist entstanden.

Viele der alten Ziele sind heute dennoch aktuell. Als zentrale Aufgaben des Frauenreferats sind zu nennen:

- die Frauen bei ihrer Alltagsbewältigung zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen Wege in ein selbstbestimmtes Leben und eine eigenständige Existenzsicherung zu entwickeln,
- Strukturen aufzubauen, die den Frauen diese Wege möglich machen und sie dabei fördern,
- sicherzustellen, daß die Interessen von Frauen aus Sozialen Brennpunkten bei den verschiedenen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Frauenförderung berücksichtigt werden und
- die Rahmenbedingungen zu bearbeiten, die Frauen in Armut und Abhängigkeit halten und ihnen ein eigenständiges Leben verwehren.

Dazu wird auf verschiedenen Ebenen gearbeitet:

An erster Stelle ist die Frauenbildungsarbeit zu nennen. Auf fünf Tagungen im Jahr mit insgesamt 200 Teilnehmerinnen treffen sich die Frauen, um über ihre Lebenssituation außerhalb der alltäglichen Belastung nachzudenken, Erfahrungen auszutauschen und sowohl persönliche als auch gemeinsame Handlungsorientierungen zu gewinnen. Dabei wird die ganze Palette von Fragen und Themen aufgegriffen, die für Frauen wichtig sind: Arbeit, Geld, Wohnsituation, Kinder, Erziehung, Partnerschaft, Gesundheit, Gewalt, Selbstbehauptung, Umweltschutz und vieles mehr. Wichtigster Kooperationspartner ist seit 1981 die Hes-

sische Landeszentrale für politische Bildung. Seit 1990 arbeitet das Referat auch mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V. zusammen, um insbesondere auch Migrantinnen aus den Siedlungen in die Bildungsarbeit einzubeziehen.

Darüberhinaus berät das Frauenreferat die Sozialarbeiterinnen vor Ort und unterstützt sie bei der Entwicklung fachlicher und politischer Initiativen. In verschiedenen Arbeitskreisen können die Kolleginnen ihre Erfahrungen austauschen, Anregungen für ihre Arbeit erhalten und fachpolitische Fragen diskutieren.

Die LAG ist ein Bereich, wo ich mir Unterstützung holen kann, eine Möglichkeit, auf die Meta-Ebene zu gehen. Zum Teil in passiver Form in der Teilnahme an Veranstaltungen, aber auch in Form der Arbeitsgruppen, wo ich eher in die aktive Rolle komme. Am Anfang wollte ich mit der LAG nichts zu tun haben, nachdem, was ich über sie gehört habe. Der Kontakt kam dann über die AG Sozialhilfe und ich habe die LAG wertschätzen gelernt durch die Frauenarbeit. Die Arbeit, die hier gemacht wird, halte ich für wichtig.

Marianne Zimmermann

In Modellprojekten werden neue Konzepte ausprobiert und auf ihre Tragfähigkeit überprüft; zuletzt wurden im Rahmen eines Projekts zur Mädchenbildung in Kooperation mit der LAG Arbeit und Leben Hessen neue Bildungsmaßnahmen entwickelt.

In Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, z.B. der LAG der Frauenbeauftragten, oder auch mit Frauen aus den Bundesarbeitsgemeinschaften und den Wohlfahrtsverbänden werden Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auch in die politische Diskussion gebracht und Bündnisse geschmiedet.

Wichtiges Prinzip bei der Arbeit ist, daß die Frauen aus den Brennpunkten möglichst selbst aktiv werden. Deshalb geht es immer auch darum, Foren zu schaffen oder zu nutzen, bei denen die Frauen selbst zu Wort kommen, sei es bei einem Gespräch mit den Landtagsabgeordneten oder bei einem europaweiten Seminar.

Aktuell stellen sich für die Frauenarbeit folgende Aufgaben:

- Die Lebensentwürfe gestalten sich auch für die Frauen in den Brennpunkten immer unterschiedlicher. Frauenarbeit als Frauengruppenarbeit allein reicht nicht mehr aus. Neue Konzepte müssen entwickelt werden.
- Neue Frauen sind in die landesweite Bildungsarbeit einzubeziehen: junge Frauen in den alten Siedlungen, Frauen aus neuen Armutsquartieren.
- Nach der Verbesserung der Wohnqualität muß der Ausbau von sozialen Angeboten weiterbetrieben werden, die die Frauen in ihrer Alltagsbewältigung unterstützen, gerade auch angesichts der Folgen des Sozialabbaus.
- Der geschlechtsspezifische Blick muß auf allen Ebenen geschärft werden. Nur so können wir erreichen, daß die Anliegen von Frauen als allgemeine Anliegen behandelt und bearbeitet werden. Frauen sind keine Sondergruppe, sondern Teil der Gesellschaft.
- Gerade angesichts der stattfindenden Kürzungen von Sozialleistungen ist es wichtig, die Armut von Frauen verstärkt öffentlich zu machen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Frauen etwas bewirken, wenn sie sich für ihre Interessen gemeinsam einsetzen und gegenseitig unterstützen. Wenn wir uns dessen bewußt sind, werden wir Frauen auch in Zukunft einiges erreichen können. Dazu sind wir auf dem Weg.

Christina Hey

„EINMAL ETWAS FÜR UNS SELBST TUN!“ FRAUEN DER FRAUENGRUPPE IM FINKEN IN LIMBURG IM GESPRÄCH

Christel Butzbach, Brunhilde Dorn, Hannelie Stein, Karin Sehr und Monika Hasselbacher sind seit Jahren Mitglieder der Frauengruppe in der Siedlung Im Finken in Limburg. Gemeinsam mit fünf anderen Frauen treffen sie sich einmal die Woche im Zentrum.

Miteinander Spaß haben und Probleme klären

Im Vordergrund steht dabei ihr Wunsch, neben den ganzen Belastungen im Alltag einmal etwas für sich selbst zu tun. Für ihre Aktivitäten ist die Frauengruppe bekannt. Kegeln, Schwimmen und Fahrradtouren sind beliebte Unternehmungen.

Neben dem gemeinsamen Spaß ist es der Rückhalt in der Gruppe, den die Frauen genießen. Er macht Dinge möglich, die für die Frauen allein so nicht denkbar wären, etwa an Altweiberfasching, wo trotz der angeblich so modernen Zeiten Frauen immer noch schief angesehen werden, wenn sie alleine weggehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Frauen ist das Gespräch. Hannelie, die den ganzen Tag arbeiten geht, freut sich auf die Frauengruppe, weil sie hier dann das Neueste erfährt. Sonst kriege sie doch gar nichts mehr mit, erzählt sie. In der Gruppe kann frau auch offen über alles sprechen, z.B. über Probleme mit den Ämtern oder in der Familie. Das wäre mit den Männern nicht immer so einfach möglich, die hätten oft einen anderen Blick, berichtet Karin. Entscheidend für Brunhilde ist der Zusammenhalt in der Gruppe. Ohne ihn sei alles nichts. Da ist es dann auch selbstverständlich, daß sich die Frauen gegenseitig unterstützen und helfen.

Ohne Vertrauen ist eine solche Offenheit allerdings nicht möglich. Um dies zu gewährleisten, haben die Frauen Regeln auf-

gestellt: etwa daß alles, was in der Gruppe besprochen wird, auch dort zu bleiben hat. Die Einhaltung dieser Regeln ist dann auch die Teilnahmebedingung für die Frauengruppe, die ansonsten offen für alle Frauen ist.

Wer sich darauf nicht einlassen kann oder mag, hat die Möglichkeit, an einzelnen Projekten der Gruppe teilzunehmen, etwa wenn ein Selbstverteidigungskurs durchgeführt wird. Dies wird auch wahrgenommen.

Das Siedlungsleben gestalten

In der Siedlung ist die Frauengruppe wichtiger Bezugspunkt. Steht Arbeit an, wird sie angesprochen, z.B. wenn es um's Grillen beim Kinderfest geht.

Einmal die Woche veranstaltet die Frauengruppe einen Frühstückstreff im Zentrum; der Erlös geht dem Projekt zu. Davon wird dann bei der Weihnachtsfeier für die Kinder der Clown bezahlt. Früher hat die Gruppe auch mal Feste für die alten Siedlungsbewohner und -bewohnerinnen organisiert. So etwas würde Christel gerne mal wieder machen.

Im kulturellen Bereich ist die Gruppe für ihre Sketche und Tänze über die Siedlungs- und Stadtgrenzen hinaus berühmt.

Einmischen für die eigenen Interessen

Auch wenn es um politische Auseinandersetzungen geht, ist die Frauengruppe beteiligt: bei der Bürgerinitiative gegen die Schnellbahn, beim Ausbau des Spielplatzes, bei der Nacht der Obdachlosen, die Frauengruppe mischt sich ein, führt Gespräche, beteiligt sich am Protest. Hier kann sich die Frauengruppe zur Freude aller auch schon mal ein paar „Nacht- und Nebelaktionen“ leisten, die sich die gewählte Interessensvertretung der Bewohnerschaft nicht erlauben kann.

Aktiv über die Gruppe hinaus

Christel, Karin und Brunhilde stellen aktuell den Bewohnerrat, die anderen beiden waren in der Vergangenheit in diesem Gremium. Während sie in der Frauengruppe ihre Interessen sehr direkt vertreten können, ist ihre Arbeit im Bewohnerrat der ganzen Siedlung verpflichtet. Für Karin ist es deshalb wichtig, immer wieder aufzupassen, in welcher Rolle sie gerade spricht. Sonst kann es schon mal Ärger geben.

Beeindruckend ist immer wieder die Energie, die die Frauen auszeichnet und die sie in



Engagement umsetzen. Nicht nur in der Frauengruppe und im Bewohnerrat. Hannelie ist auch noch im Pfarrgemeinderat aktiv und „vertritt dort die Siedlung beim Pfarrer“. Brunhilde arbeitet in einer Volkstanzgruppe mit und fährt auf Tournee bis nach Kanada. Dann bleibt noch Zeit, sich um Frauen zu kümmern, die neu in die Siedlung kommen und sie in die Gemeinschaft zu integrieren. Und das alles erzählen die Frauen als Selbstverständlichkeit, selbst überrascht davon, wieviel sie eigentlich leisten.

Mit anderen Menschen in's Gespräch kommen

Aktuell beschäftigt die Frauen die Sorge um das Erscheinungsbild der Siedlung. Die Siedlung ist gewachsen, neue Wohngebiete sind dazugekommen. Und das bringt erstmal Probleme. Man ist sich noch fremd. Der Konflikt entzündet sich am Müll. Christel ist sauer: „Ich dachte, wir hätten mittlerweile einen besseren Ruf. Aber davon bin ich jetzt nicht mehr überzeugt. Sonst könnten die doch nicht einfach ihren Müll bei uns abladen. Die müssen doch denken, mit denen kann man's machen.“

Vorurteile sind schwieriger zu überwinden als enge Wohnverhältnisse. Trotzdem bauen die Frauen auf das Gespräch. „Wir werden jetzt erstmal miteinander reden, mal sehen, was rauskommt.“ Mit den Leuten aus den Einfamilienhäusern haben sich mittlerweile, wenn auch mühsam, Kontakte ergeben. Da war die gemeinsame Initiative gegen die Schnellbahn sehr

hilfreich, die gleichen Interessen und die Hartnäckigkeit, mit der die alten BewohnerInnen auf die neuen zugegangen sind. Zuletzt sind immerhin auch schon einige zum Bewohnerfest gekommen.

Bleiben bei soviel Aktivität der Frauengruppe noch Wünsche offen? Monika spricht den anderen Frauen aus dem Herzen: „Einmal zusammen eine Woche weg fliegen.“

Christina Hey

ZUKUNFT GESTALTEN STATT ERDULDEN

Situation: Die Armen werden ärmer - Die Reichen werden reicher

„Erhöhung der Sozialhilfe um 1 DM - weitere Abkehr von der Bedarfsdeckung“, „Streit um Befristung der Arbeitslosenhilfe“, „Jede 10te Mark ohne Anspruch vergeben“, „Sozialhilfe mit dem Füllhorn ausgeschüttet“, „Industrie und Handel verlangen umfassenden Sozialabbau“, „Jedes 11te Kind lebt heute bereits von Sozialhilfe“, „Weiterführung der Suppenküche gesichert“, „Zahl der Millionäre steigt“.

... einige wenige Schlaglichter aus der Presse dieser Tage. Sie deuten an, womit sich der Arbeitsbereich „ Soziale Sicherung“ in der LAG derzeit befaßt.

Die LAG ist für mich eine Dachorganisation für verschiedene nützliche Einrichtungen. Solange ich im Sozialhilferevier war, konnte ich manche Situation meistern, indem ich mehr Informationen gekriegt habe, mehr lernen konnte und mich besser durchsetzen konnte. Das hab ich hier in der LAG gelernt. Das zu sagen, was ich denke und mich dafür einzusetzen.

Lilo Etzl

Ziele: Angebot von Dienstleistungen und Unterstützung bei der Bewegung

Die Ziele des Arbeitsbereiches Soziale Sicherung in dieser Situation sind:

- Betroffene, BeraterInnen und Initiativen sollen sachgerecht, zeitnah und verständlich über gesetzliche Veränderungen informiert sein. Sie sollen Rechtsansprüche auf dieser Grundlage durchsetzen können und sie brauchen Rückenstärkung für ihre Arbeit „vor Ort“. Sie sollen ihre Erfahrungen mit anderen gleichermaßen Betrof-

fenen austauschen und damit Gegenstrategien entwickeln können.

- So wichtig die richtige Beratung im Einzelfall ist, doch die Ursachen politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Entwicklungen sind zu einem wesentlichen Teil nur durch eine andere Politik zu verändern. Deshalb hat der Arbeitsbereich als Ziel, bestehende Projekte und Initiativen auf verschiedenen Ebenen zu erhalten und neue zu fördern. Die Erfahrungen, auch im Umgang mit einzelnen Betroffenen, sollen verallgemeinert und damit in Politik umgesetzt werden.
- Der Arbeitsbereich muß mit seinem Ansatz die engen Brennpunktgrenzen überschreiten, um soziale Ausgrenzung nicht auch dadurch zu zementieren. Es bedarf der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften usw..

Umsetzung: Gemeinsamkeit macht immer noch stark!

Der Arbeitsbereich verfolgt seine Ziele in folgenden Strukturen:

- Zu den verschiedenen Bereichen der Sozialen Sicherung (Schwerpunkt Bundessozialhilfegesetz) werden schriftliche und mündliche Informationen für Betroffene, BeraterInnen und Initiativen aufgearbeitet und diesen zur Verfügung gestellt.
- Mindestens 2 mal im Jahr werden landesweite Tagesveranstaltungen, auch in Kooperation mit anderen LAG-Fachbereichen, durchgeführt. Es werden „regionale Arbeitsgruppen Soziale Sicherung“ in Zusammenarbeit mit örtlichen Projekten organisiert. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch in der Region und der Förderung regionaler Zusammenarbeit. Einmal im Jahr findet in enger Kooperation mit dem Burkhardtthaus Geinhausen eine Wochenendtagung statt. Angesprochen

werden damit vor allem Betroffene und in der Sozialberatung tätige Kolleginnen und Kollegen. Hier werden Erfahrungen ausgetauscht, Aktionen geplant und die hessenweite Zusammenarbeit verabredet.

- Der Arbeitsbereich bringt seine Kompetenzen in örtliche Bündnisse ein, die sich mit Armutsfragen befassen und lokale „Anti-Armutspolitik“ machen wollen. Er begleitet, berät und unterstützt diese, z.B. bei der Durchführung von Aktionen. Dabei werden auch hessenweit die Erfahrungen aus den verschiedenen Bündnissen verbreitet und auf ihre Übertragbarkeit überprüft.
- Die in Hessen bestehenden Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, die zum Teil auch Mitglied in der LAG sind oder eng mit ihr zusammenarbeiten, brauchen die Unterstützung der LAG. Aufgrund von Zuschußkürzungen, aber auch dem Rückgang aktiver MitstreiterInnen sind sie gerade in einer Zeit gefährdet, in der sie von den Betroffenen dringender denn je benötigt werden.



Stopp dem Sozialabbau (Foto: LAG-Archiv)

Menschen aufmerksam. Auf Bundesebene gibt es eine enge Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Hessische Initiativen und Betroffene nehmen regelmäßig mit Unterstützung der LAG an den Tagungen der BAG teil und erfahren dabei die Solidarität von Initiativen aus der gesamten Bundesrepublik.

Das ist eine Gemeinschaft, der ich mich gern angeschlossen habe. Durch unser Zentrum bin ich Mitglied. Und mich hat diese ganze Problematik - Menschen, die von Sozialhilfe leben, die wenig Einkommen und wenig Rente haben von Anfang an interessiert.

Karl Riehl

- Gemeinsam mit den Mitgliedsprojekten, z.B. über Stellungnahmen der Mitgliederversammlung, aber auch gemeinsam mit örtlichen Initiativen, nimmt der Arbeitsbereich Soziale Sicherung auf die Sozialpolitik auf landes- wie auch kommunaler Ebene Einfluß. Er macht somit auf die Existenzgefährdung von immer mehr

Perspektiven: Die Zukunft gestalten, nicht erdulden!

Die LAG wird sich mit ihrem Arbeitsbereich Soziale Sicherung zukünftig verstärkt in die Debatte um die Entwicklung einer Sozialen Grundsicherung einbringen. Gleichzeitig ist weiterhin der Einsatz für die Bedarfsdeckung durch Sozialhilfe erforderlich. Über die Forderung von lokalen und landesweiten Armutsberichten soll das Thema Armut weiter enttabuisiert werden. Außerdem werden wir in Kooperation mit anderen landesweit agierenden Organisationen Armut, Sozialabbau und Existenzsicherung verstärkt thematisieren und den Betroffenen und KollegInnen Mut machen, die Zukunft mitzugestalten statt sie zu erdulden.

Jürgen Maier

**„WER SICH NICHT WEHRT, DER LEBT VERKEHRT“
GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DES SOZIALHILFEVEREINS
OFFENBACH FRIEDRICH („HANNES“) WENZEL**

Jürgen Maier: Ihr seid vor über 10 Jahren als erster Sozialhilfeverein in die LAG aufgenommen worden. Warum wolltet ihr Mitglied werden?

Hannes Wenzel: Der Sozialhilfeverein ist deshalb Mitglied in der LAG geworden, weil er einer Dachorganisation angehören wollte. Die LAG war uns schon seit langem bekannt und ich war im Vorstand.

Jürgen Maier: Es war aber nicht so selbstverständlich, wie ich weiß, daß der Sozialhilfeverein in die LAG aufgenommen wurde?

Hannes Wenzel: Ja, das war damals in Kassel bei der Mitgliederversammlung im Schlachthof, wir waren ja schließlich der erste Sozialhilfeverein. Und das war Neuland für die LAG! Wir haben da nicht so richtig in die Sozialen Brennpunkte reingepaßt. Bei unserem ersten Antrag sind wir abgeblitzt. Es mußte erst die Satzung geändert werden und dann wurden wir aufgenommen.

Jürgen Maier: Der Offenbacher Sozialhilfeverein hat sich aus der Arbeit in Sozialen Brennpunkten Offenbachs entwickelt. Wie kam das eigentlich?

Hannes Wenzel: Ja, wir hatten im Lohwald immer montags Bewohnerversammlung und haben dort unsere Probleme den Sozialarbeitern mit auf den Weg gegeben, damit sie sich im Amt für uns einsetzen. Wir haben aber gemerkt, daß die Sozialarbeiter sich nicht alles leisten können. So haben wir den Verein gegründet, um eigenständig unsere Interessen vertreten zu können. Außerdem haben wir festgestellt, daß viele Probleme auch Sozialhilfeempfänger von außerhalb haben.

Jürgen Maier: Wie hat sich Eure Arbeit danach entwickelt?

Hannes Wenzel: Ja, wir bestehen jetzt seit 14 Jahren. Der Sozialhilfeverein hat sich sehr gut entwickelt. Wir haben in der Offenbacher Innenstadt ein Büro und konnten einen Sozialarbeiter einstellen. Außerdem arbeiten der Vorstand, Inge Bartroff und ich ehrenamtlich. Ich war Stadtverordneter bei den Grünen in Offenbach und so kamen wir auch an Geld.

Jürgen Maier: Wie sieht Eure Zusammenarbeit mit der Stadt aus, wie werdet ihr von der Stadt Offenbach gesehen?

Hannes Wenzel: Am Anfang hat uns das Sozialamt gemieden wie der Teufel das Weihwasser. Aber mittlerweile gibt es beim Sozialen Dienst und auch bei SachbearbeiterInnen Leute, mit denen wir gut zusammenarbeiten. Leider gibt es da einen ständigen Wechsel, und man muß sich immer auf neue Leute einstellen. Nach einer bestimmten Zeit merken die meisten, daß wir nur den Betroffenen Wege ebnen wollen, um ihre Ansprüche geltend zu machen.

Jürgen Maier: Wie ist Eure derzeitige Situation. Seid ihr auch vom Sozialabbau und Kürzungen betroffen?

Hannes Wenzel: Die Situation heute ist sehr negativ. Unsere Mittel wurden gekürzt, obwohl wir sehr viel mehr leisten müssen. Wir betreuen nicht nur Deutsche sondern auch Ausländer. Wir werden von Leuten aus der ganzen Republik angerufen. Von München, Erfurt bis Hamburg. Wir sind halt bekannt. Ich selbst bin schon seit 30 Jahren im Geschäft. Auch kommen sehr viele Leute zu uns aus dem Landkreis.

Jürgen Maier: Mit welchen Problemen kommen denn die Leute zu Euch?

Hannes Wenzel: Viele kommen, weil sie die Bescheide nicht verstehen. Andere kommen, wenn sie Sozialhilfe zum ersten Mal beantragen müssen und nicht wissen, was ihnen eigentlich zusteht. Viele Probleme gibt es beim Kleidergeld. Zunehmend werden die Leute ja in das Möbellager und die Kleiderkammern geschickt, obwohl sie Anspruch auf neue Bekleidung hätten. Wir akzeptieren Möbel- und Kleiderkammern nur, wenn diese zusätzlich angeboten werden.

Jürgen Maier: Jetzt gibt es in Offenbach auch die „Soziale Offensive“. Die habt ihr mitgegründet. Was wollt Ihr damit erreichen?



*Friedrich „Hannes“ Wenzel (links) bei der Öffentlichkeitsarbeit
(Foto: Sozialhilfverein Offenbach)*

Hannes Wenzel: Ja, wir als Sozialhilfverein haben zu diesem Bündnis mit aufgerufen. Dabei können Verbände, Kirchen, Gewerkschaften mitmachen, einfach jeder, der die Armut nicht einfach so hinnehmen will. Gemeinschaftlich wehren für gemeinschaftliche Interessen, das ist doch wirksamer. Allein sind wir zu schwach!

Jürgen Maier: Wie beurteilst du die Zukunft eures Vereins?

Hannes Wenzel: Die Zukunft unseres Vereins? Die sieht nicht sehr rosig aus, da uns die Mittel gekürzt wurden, vielleicht müssen wir sogar unser Büro verlegen. Wie es weitergeht, wissen wir noch nicht. Aber wir werden kämpfen um unser Geld. Denn

es gibt ein Sprichwort, welches heißt „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“

Jürgen Maier: Nun zur letzten Frage. Wozu braucht Ihr in dieser Situation die LAG?

Hannes Wenzel: Die LAG ist für uns ganz wichtig. Sie ist für uns ein Sprachrohr hin zur Landesregierung und in die Öffentlichkeit. Sie kann z.B. in ihren Zeitungen darüber berichten, wie die Situation in Offenbach ist. Dadurch kann auch anderen Mut gemacht werden. Die alten Kämpfer können und müssen bei Tagungen und Treffen den Neuen ihre Erfahrungen vermitteln!

Jürgen Maier: Vielen Dank für das Gespräch. Ich wünsche Dir und Euch weiterhin viel Kraft und Ausdauer für die gerade hier in Offenbach anstehenden Auseinandersetzungen. Wir werden Euch als LAG dabei mit Rat und Tat unterstützen.

NETZE KNÜPFEN GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT

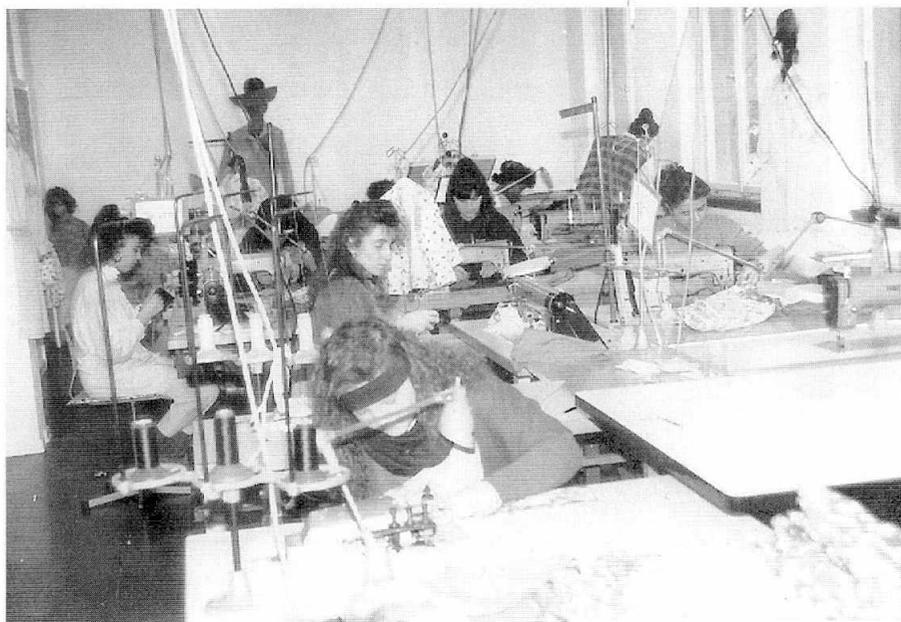
Mit immer höheren Arbeitslosenzahlen und immer länger andauernder Erwerbslosigkeit verschlechtert sich seit Ende der 70er Jahre die Lage der sozial benachteiligten Menschen zunehmend. Der Herausdrängung von Un- und Angelernten aus dem Arbeitsmarkt folgt die Ausgrenzung aus dem Sozialen Netz. Dem entgegenzuwirken bildeten sich in und aus hessischen Brennpunkten Ansätze zur (Re-) Qualifizierung Benachteiligter, die sich z.T. in der Gründung von Ausbildungs- und Beschäftigungsträgern niederschlugen.

Um das Ziel der (Re-) Integration in den heimischen Arbeitsmarkt gewährleisten zu können, zeichnete sich für die Träger schon früh die Notwendigkeit ab, Beschäftigungsfelder zu besetzen, die als Innovationsimpulse der regionalen Strukturentwicklung zugute kommen sollten. Entsprechend haben sich die Träger vergrößert, sowohl betriebswirtschaftlich wie sozialpädagogisch professionalisiert und weiterentwickelt. Sie tragen mit ihren Produkten und Dienstleistungen zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei und akquirieren Drittmittel für die Region. Große Gesellschaften beschäftigen bis zu 300 Personen.

Sowohl betriebliche Organisationsstrukturen wie auch erwerbswirtschaftliche Orientierung und Anspruch auf Marktbeteiligung charakterisieren diese Träger genauso wie „normale“ Betriebe. Sie unterscheiden sich jedoch durch den Verzicht auf private Gewinnmaximierung, pädagogische Unterstützung für die Beschäftigten und ihren potentiellen Charak-

ter als Instrument kommunaler Arbeitsförderung. Verstärkt fortentwickelt werden Konzepte zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit. Anpassungsqualifizierungen für von Erwerbslosigkeit bedrohte ArbeitnehmerInnen zu entwickeln und durchzuführen, wird eine weitere Aufgabe der Träger sein.

Mitbegleitet und moderiert hat diese Entwicklung in Hessen das Referat Existenzsicherungsberatung der LAG. Seit seiner Einrichtung 1984 unterstützt es die Intentionen unterschiedlichster hessischer Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme durch Beratung und Fortbildung der Stammkräfte der Träger und zunehmend auch der Kommunen. Dreh- und An-



Junge Frauen in der „Nähwerkstatt“ in Darmstadt bei der Ausbildung zur Industrieschneiderin (Foto: Nähwerkstatt)

gelpunkt der Referatsangebote ist dabei nach wie vor eine optimale Qualifizierung von MaßnahmeteilnehmerInnen.

Dementsprechend werden im Fortbildungsangebot Themen der Personalführung, des Arbeitsrechtes und der Betriebssozialarbeit aufgegriffen und deren Anwendbarkeit im Projekt auf die Bedürfnisse der unter-

schiedlichen Zielgruppen überprüft. Im Spannungsfeld zwischen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen und einer breit angelegten sozialen und fachlichen Qualifizierung gilt, mit den SozialpädagogInnen und AnleiterInnen der Projekte Wege für die Beschäftigten in eine eigenständige Existenzsicherung anzulegen.

Gleichzeitig werden die Ergebnisse gelungener Projektdurchführung, deren politische Voraussetzungen sowie gesellschaftliche, finanzielle und fiskalische Hintergründe dargestellt.

Parallel zu diesen Angeboten bieten die MitarbeiterInnen des Referates individuelle Einzel- und Teamberatungen auf den unterschiedlichsten Ebenen zu den verschiedenartigsten Zielen in Projekten und deren kommunalen Umfeld. Hier geht es von der Reflexion der Arbeit bis zur bloßen Info-Abfrage. Ständig wiederkehrende Anfragen beziehen sich auf supervisorische Konfliktbewältigung im Team, auf Finanzierungs- und Politikbetreuung, als auch auf die Umsetzung von Qualitätsstandards der

unterschiedlichen Programme, insbesondere des Arbeit statt Sozialhilfe-Programms.

Die sozial- und arbeitsmarktpolitische Zielsetzung nicht isoliert zu verfolgen, sondern die Notwendigkeit der Einbettung in ein regionales Struktur- und Wirtschaftspolitikkonzept den Beteiligten aller Ebenen zu verdeutlichen, bestimmt die Aufgabe des Referates.

Dazu betreibt es eine offensive Auseinandersetzung um die gesamtgesellschaftliche Lösung von Massenerwerbslosigkeit. Es gilt, eine breite Akzeptanz eines öffentlich geförderten Teilarbeitsmarktes zu erreichen, ohne zum Deregulierungsinstrument gegen Tarifregelungen und vereinbarte Arbeitsbedingungen oder gar zur Einführung zweit- und drittklassiger Arbeitsmärkte mißbraucht zu werden. Es geht damit auch quasi um die Umsetzung eines „Grundrechtes auf Qualifizierung“ für benachteiligte Menschen.

Anette Dittrich / Michael Palkovich

VON DER LOKALEN BESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE IM GWA-Projekt ZUR KREISEIGENEN BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFT

Die Ausgangslage

Als erste Spiel- und Lernstube in Hessen wurde das GWA-Projekt des Arbeitskreises Notunterkünfte e.V. (AN) in der Marburger Obdachlosensiedlung Am Kregel im Jahre 1967 vom Land Hessen gefördert. Zwischen 1971 und 1973 wurde die Siedlung am Kregel abgerissen und der AN setzte seine Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Waldtal (ab 1973 als Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. - AKSB) fort. 1974 war der AKSB Gründungsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V..

Wenn GWA erfolgreich war ...

1975 verabschiedete der Magistrat der Stadt Marburg sein Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal, das zuvor in zahlreichen Bewohnerversammlungen mit den Betroffenen erarbeitet und abgestimmt worden war. Kernpunkt des Programms war die Modernisierung des städtischen Wohnraums und die Verbesserung der Infrastruktur im Stadtteil. Seit 1975 koordinierte die „Arbeitsgruppe Waldtal“ in der die beteiligten städtischen Ämter und die freien Träger des Stadtteils „am runden Tisch“ saßen, die Realisierung des Waldtal-Entwicklungs-Programmes.

Aufgrund der erfolgreichen Umsetzung des Waldtal-Entwicklungs-Programms wurden bis 1988 alle städtischen Häuser modernisiert. Mit der Modernisierung der Wohnungen der Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn wurde im Jahre 1989 begonnen.

Nachdem sich die Wohnungsversorgung der WaldtalbewohnerInnen entscheidend verbessert hatte, forderten die BewohnerInnen neue GWA-Initiativen im Problem-bereich „Arbeit und Beruf“. Deshalb startete der AKSB 1986 seine erste „Lokale Beschäftigungsinitiative“, eine Baukolonne, die das Theater neben dem Turm und das Kommunikations- und Freizeitzentrum in Marburg baulich erweiterten.

Ein neuer Arbeitsbereich nach Maß

Mitte der 80er Jahre stellte der AKSB mittels einer Stadtteilanalyse fest, daß mehr als 50% der BewohnerInnen arbeitslos waren, daß nur 20% der Erwerbsfähigen im Stadtteil über einen Berufsabschluß verfügten und nur 10% in dem ursprünglich erlernten Beruf arbeiteten.

Mit dem Start des Projektes „Wohnumfeldgestaltung Waldtal“ 1988 schlug der AKSB gleich „zwei Fliegen mit einer Klappe“: Verbesserung des Wohnumfeldes im Stadtteil sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die BewohnerInnen (zunächst 6 Beschäftigte, ein Arbeitsanleiter). Eine wesentliche Voraussetzung für die professionelle Umsetzung im Garten- und Landschaftsbau wurde durch die Freiflächenplanung des Büros für Stadt- und Landschaftsplanung, Kassel geschaffen.

Anknüpfend an die „Recyclingtradition der Schrotthändler“ im Stadtteil verschränkte der AKSB konzeptionell deren Kenntnisse und Fähigkeiten mit aktuellen Überlegungen des Wertstoffrecyclings in der Stadt Marburg und gründete 1989 mit dem Verein Arbeit und Bildung e.V. das Marburger-Recycling-Zentrum (MRZ).

Mit diesem Projekt öffnete der AKSB sein Angebot an Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen für BewerberInnen auch aus anderen Stadtteilen.

Schnelle Expansion nach gelungenem Start

Die ersten Jahre (1988-1992) der Beschäftigungsbereiche Wohnumfeldgestaltung und Marburger-Recycling-Zentrum sind gekennzeichnet durch ein zunehmendes Auftragsvolumen, durch stetiges Anwachsen der Beschäftigtenzahlen und durch eine Konsolidierung des Projektes. An dieser Entwicklung hatte - wie an dem hier skizzierten Prozeß insgesamt - die aktive Unterstützung und kritische Begleitung durch das Referat Existenzsicherung der LAG wesentlichen Anteil.

Neben der Beschäftigungsinitiative des AKSB gründeten die SozialarbeiterInnen aus den vier Marburger Sozialen Brennpunkten LOBI, den „Verein zur beruflichen Förderung von Frauen e.V.“. Nach der Zusammenfassung der Lokalen Beschäftigungsinitiativen des AKSB als B.A.U.M. - Betriebe Arbeit und Umwelt Marburg (1991), startete 1992 das Projekt KIND UND UMWELT von LOBI. Im gleichen Jahr wurde es für BewerberInnen aus dem gesamten Kreisgebiet möglich, bei B.A.U.M. einen Arbeitsplatz zu finden.

Vom „Krämerladen“ zum „Mittelständischen Unternehmen“ ...

B.A.U.M. und LOBI wuchsen schnell über das ursprüngliche Aufgabenfeld stadtteilbezogener Sozialarbeit (GWA) hinaus. Seitens des AKSB wurde deshalb mit der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf über die Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft verhandelt. Ziel war dabei eine längerfristige Absicherung dieses - im Landkreis neuen - Arbeitsansatzes und weitere Möglichkeiten zur betrieblichen Entwicklung zu schaffen, um Langzeitarbeitslosen zusätz-

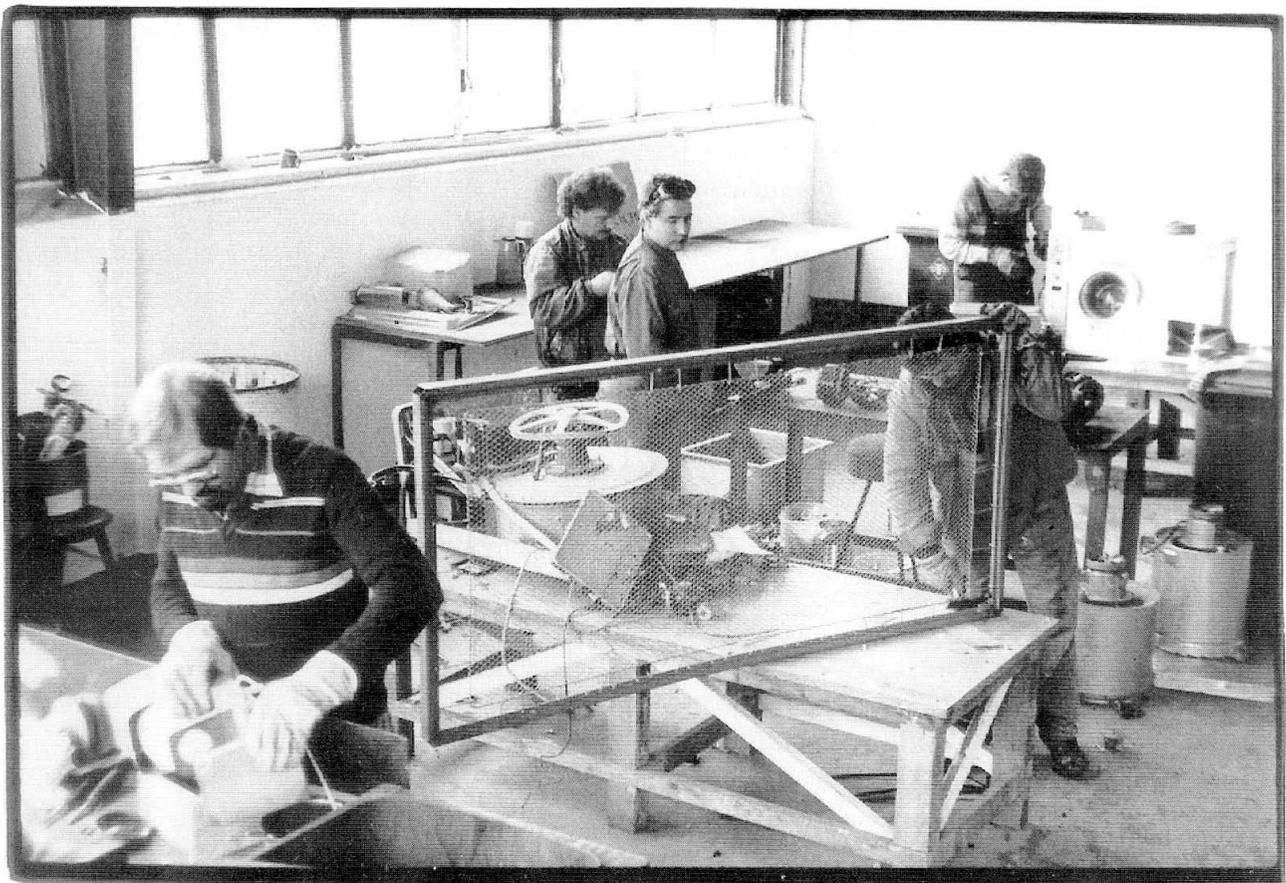
liche qualifizierende Arbeitsplätze auf dem regionalen Arbeitsmarkt anzubieten.

Durch Beschluß des Kreistages wurde noch im Dezember 1992 die INTEGRAL - soziale und ökologische Dienstleistungen - gemeinnützige Gesellschaft für Integration durch Arbeit und Lernen im Landkreis Marburg-Biedenkopf gegründet. Zum 1. Juli 1993 erfolgte der Betriebsübergang der Projekte B.A.U.M. und LOBI auf die INTEGRAL gGmbH. In der Folgezeit wurden deren Abteilungen B.A.U.M. Recyclinghof, B.A.U.M. Garten- & Landschaftsbau und LOBI Frauenwerkstatt erheblich ausgebaut, so daß sie 1994 mit mehr als 100 Beschäftigten im gesamten Kreisgebiet aktiv sind. Vom Sozialen Dienst der INTEGRAL gGmbH werden außerdem mehr als 40 „dezentrale Maßnahmen“ (Gruppen- und Einzelfallmaßnahmen nach § 19 BSHG bei verschiedenen Trägern im Kreisgebiet) betreut.

Sinnvolle Arbeit gibt es genug, sie muß nur organisiert werden!

Im Arbeitsamtsbezirk Marburg ist im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit dramatisch angestiegen (mit 40% die höchste Steigerungsrate in Hessen). So engagiert sich die INTEGRAL gGmbH einerseits nach wie vor für besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose aus Sozialen Brennpunkten, andererseits entsteht durch diese strukturelle Entwicklung am regionalen Arbeitsmarkt eine neue inhaltliche und konzeptionelle Anforderung Arbeit und Qualifizierung zu organisieren. Dementsprechend wird im Westkreis für die betroffenen „neuen zusätzlichen Arbeitslosen“ ein weiterer Standort entstehen, für andere Problemgruppen am Arbeitsmarkt werden weitere Projekte in sozialökologischen Aufgabenfeldern entwickelt.

Helge Micklitz



Beschäftigte in der Recycling-Werkstatt von Integral (Foto: Integral)

SANIEREN, WOHNEN, BESSER LEBEN FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES WOHNEN

Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Sozialen Brennpunkten und die dauerhafte Sicherung der Wohnungsversorgung auch für Einkommensschwächere stellen seit Beginn an zentrale Aufgabenfelder der Landesarbeitsgemeinschaft dar. Die LAG versucht diese Ziele in der Hauptsache auf drei verschiedenen Ebenen zu erreichen, durch

- die Sanierung bzw. die Auflösung noch existierender Notunterkünfte und Schlichtbauten,
- die Entwicklung und Begleitung von Konzepten zur Wohnungsversorgung und Verhinderung zukünftiger Obdachlosigkeit und
- die Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen.

Sanierung von Sozialen Brennpunkten

Die Aufgabe in diesem Bereich ist es, die Sanierungsprojekte und -vorhaben in sozialen Brennpunkten in Form vorbereitender und begleitender Beratung von Bewohnerinitiativen, Verwaltungen und Kommunalpolitik zu unterstützen. In den Anfängen der LAG-Arbeit zählten dabei schon kleine, errungene Instandsetzungen vor Ort als große Erfolge. Mit der Bereitstellung von Sanierungsmitteln im hessischen Landeshaushalt 1983 ist es dann gelungen, nachhaltige Verbesserungen in einzelnen Brennpunkten zu erzielen, wobei jedoch oftmals das geringe Finanzvolumen der Sanierungsförderung die Umsetzung behinderte. Durch die Aufstockung der jährlichen Fördersumme im Landeshaushalt 1992 von 3 auf 7,75 Millionen DM war zunächst eine stabile Landesfinanzierung geschaffen, die eine ausreichende Planungssicherheit für die Projektarbeit gewährleistete.

Dieses Landessanierungsprogramm hat für die Entwicklung zahlreicher Siedlungen viel bewirken können. Als besondere Erfolge sind Sanierungsmaßnahmen in Marburg, Gießen, Wiesbaden, Limburg, Idstein und Maintal hervorzuheben. Weitere geplante Maßnahmen sind dann möglich, wenn die Anteilfinanzierung des Landes weiterhin gesichert ist. Einen kleinen Einblick in ein solches Sanierungsprojekt bietet der Bericht aus Langen.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit ist, die Beteiligung und Mitsprache der BewohnerInnen bei Planung und Durchführung von Wohnungsbau- und Modernisierungsmaßnahmen zu sichern, da ohne deren Akzeptanz eine erfolgreiche Sanierung nicht möglich ist. Um die Interessen der Bewohner zusätzlich zu stärken und durchzusetzen, setzt sich die LAG darüberhinaus für die Mietermitbestimmung bei Verwaltung, bei Planungen und Finanzierungsfragen gegenüber den Wohnungsbaugesellschaften ein. Im Rahmen des Modellprojektes „Mieterbüro Gießen“ wird unter Beratung der LAG die Umsetzung eines solchen Ansatzes zur Zeit erprobt.

Die Wurzeln der LAG liegen in der 2. Hälfte der 60er Jahre, mit einem ersten Treffen aller Helfer in Notunterkünften. Ich habe seither die Entwicklung der LAG mit Spannung verfolgt und immer wieder intensiv mit ihr zusammengearbeitet. Sie ist für mich ein Modell, das dringend auch die neuen Bundesländer übertragen werden müßte, wozu schon Initiativen begonnen wurden.

Prof. Dr. Gerd Iben

Sicherung der Wohnungsversorgung

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt liegt in der Unterstützung von vorbeugenden Maßnahmen gegen Wohnungsnot, d.h. in der Erarbeitung und Begleitung von Konzepten, die zur Verbesserung der bestehenden Hilfesysteme auf kommunaler Ebene dienen und damit zur Verhinderung zukünftiger Obdachlosigkeit beitragen. Ein Beispiel hierfür ist das Modellprojekt „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“, das vor dem Hintergrund entstand, daß besonders im ländlichen Raum aufgrund der dort vorzufindenden Verwaltungsstrukturen eine Problemverschärfung bei der Bearbeitung von Obdachlosigkeit entsteht. Für den Wetteraukreis konnte ein Konzept entwickelt werden, das neue Wege im Umgang mit dem Problem der Obdachlosigkeit aufzeigt. Dabei wurde die Einrichtung einer „Koordinationstelle“ bei der Kreisverwaltung und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kreis im Rahmen einer „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft“ empfohlen. Diese Maßnahmen sind nur dann erfolgreich, wenn sie als Bestandteil einer aktiven kommunalen Wohnungspolitik gesehen werden können. Die Umsetzung dieser Vorhaben und der Beratungsprozeß sind derzeit noch in vollem Gange.

Bearbeitung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

Flankierend zu den beiden oben beschriebenen Zielsetzungen arbeitet die LAG mit lokalen und überregionalen Bündnispartnern aus

Politik und Fachöffentlichkeit zusammen, um die wohnungspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehören:

- die Bereitstellung von preisgünstigen und bezahlbaren Mietwohnungen
- Sanierung bestehender und Verhinderung neuer Schlicht- und Einfachstunterkünfte
- Erhalt und Ausbau des sozialgebundenen Wohnungsbaus
- rechtliche Schritte zum Erhalt und zur Stärkung von Mieterrechten
- die Verbesserung der Wohnungsaufsichtsgesetzgebung
- die Aufnahme des Rechts auf Wohnen in die Verfassungen von Bund und Länder

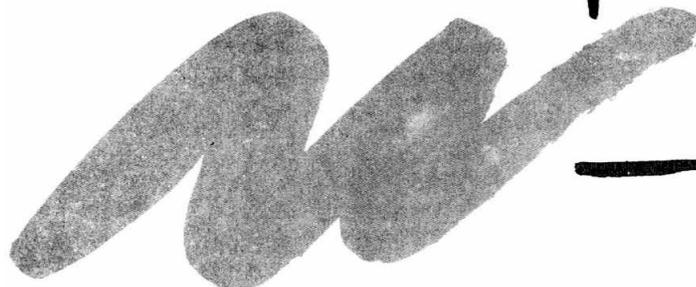
Die LAG ist für mich eine Arbeitsgemeinschaft, die Soziale Brennpunkte erfolgreich unterstützt. Bei Tagungen erfährt man Dinge, die man Zuhause nicht mitkriegt. Auch bei Sanierungsfragen unterstützt sie die Leute.

Herbert Zenker

Auf kommunal-, landes- und bundespolitischer Ebene weist die LAG im Rahmen von politischen Veranstaltungen, Fachtagungen und Pressearbeit ständig auf Fehlentwicklungen im Bereich Wohnen hin und wirbt für ihr Konzept einer sozial orientierten Wohnungspolitik.

Christoph Kummer/Reinhard Thies

**Wohnen ist ein
Menschenrecht**



VON DER STÄDTISCHEN OBDACHLOSENUNTERKUNFT ZUM ATTRAKTIVEN WOHNGEBIET - EIN STÄDTISCHES OBDACHLOSENKONZEPT

Die Stadt Langen hat sich die Aufgabe gestellt, bestehende Obdachlosenunterkünfte nach Möglichkeit durch Abriß oder Sanierung aufzulösen und setzt auf Prävention.

Der Leukertsweg: Abriß und Neubau

Der Leukertsweg in Langen war lange Zeit eine der denkbar schlechtesten Adressen. Wer hier wohnte hatte es schwer, eine Arbeit zu finden, und auf dem Wohnungsmarkt hatten die Bewerber/innen aus den sogenannten „Flachbauten“ keine Chance. Für die meisten war die städtische Obdachlosenunterkunft Endstation des Abstiegs auf der sozialen Leiter.

Im Jahr 1987 beschloß die Stadt die in baulicher, sozialer und hygienischer Hinsicht dringend notwendige Auflösung der Obdachlosenunterkunft „Leukertsweg“. Die 1929 und 1953 in einfachster Bauweise, z.T. ohne sanitären Anlagen, errichteten Gebäude waren zu diesem Zeitpunkt zudem mit 120 Personen hoffnungslos überbelegt.

Die Stadt beabsichtigte zu Anfang, mit Hilfe von Landesmitteln die Häuser zu sanieren. Es wurden Kontakte zur LAG geknüpft. Nach einem langen Prozeß verwaltungsinterner Prüfungen und vielen Diskussionen mit den BewohnerInnen rollte jedoch 1991 die Abrißbirne an.

Die Entscheidung für den Abriß wurde aus finanziellen Erwägungen getroffen, da sich die Häuserblocks zum

Großteil als nicht mehr sanierungsfähig herausstellten. Auf dem Gelände entstand unter privater Bauherrschaft eine Wohnanlage mit 89 Wohnungen (für 60 Mietwohnungen hat die Stadt nun 30 Jahre das Belegrecht), die 1993 bezogen worden sind. Die meisten „Ehemaligen“ konnten in Sozialwohnungen vermittelt werden und waren darüber froh, „das alles hinter sich zu haben“. Nur wenige sind in die Neubauten im Leukertsweg zurückgezogen.

Die Neugestaltung war insofern ein Erfolg als nun die Bewohnerschaft sozial besser durchmischt ist und die Siedlung ihren stigmatisierenden Charakter verloren hat. Einen Nachteil jedoch hatte die ganze Aktion. Für eine große Gruppe von alleinstehenden Männern aus dem Leukertsweg konnte aufgrund der geringen Anzahl von kleinen Sozialwohnungen keine Wohnungsvermittlung erfolgen. Deshalb wurde für diesen Personenkreis das ehemalige Jugendgefängnis notdürftig umgebaut. Die in dieser neugeschaffenen Behelfsunterkunft



(Foto: Heike Kratz)

lebenden Personen werden vom DPWV durch einen Sozialarbeiter betreut. Derzeit werden Verhandlungen zwischen Stadt, Kreis und DPWV über die Verlängerung des auf zwei Jahre befristeten Vertrages geführt, um dieses wichtige Betreuungsangebot zu erhalten.

Wer mehr über diesen Prozess erfahren will, kann bei der Stadt Langen eine Dokumentation dazu anfordern.

Sanierungsplanung im Sozialen Brennpunkt Südliche Ringstraße

Die Häuser Nr. 162, 164 und 166 in der Südlichen Ringstraße wurden 1963-65 zur Unterbringung von Obdachlosen errichtet. Ein Teil der Bewohner/innen hatte langfristige Mietverträge, andere sind als Obdachlose mit einem Nutzungsvertrag eingewiesen. Die Wohnungen selbst sind klein, schlecht isoliert, ohne Zentralheizung und mit unzureichenden Sanitäreinrichtungen ausgestattet.

Im Juni dieses Jahres wurde der Antrag auf Sanierungsgelder an das Land Hessen gestellt. BewohnerInnen sind über das Bauvorhaben unterrichtet, die Baupläne vorgestellt. Während einer Versammlung wurde ein Wohnerrat gewählt, der regelmäßig an Sitzungen der ämterübergreifenden städtischen Arbeitsgruppe (VertreterInnen aus Sozial-, Bau- und Liegenschaftsamt) teilnimmt. Vorgesehen ist es, abschnittsweise zu sanieren, so daß keine Verdrängung der jetzigen Mieter erfolgt. Wer dort wohnen bleiben will, erhält schon jetzt seine neue Wohnung (lt. Plan), wer ausziehen möchte, wird vorrangig bei der Vermittlung von Sozialwohnungen be-

rücksichtigt. Baubeginn ist voraussichtlich im Herbst 1994. Je Bauabschnitt wird mit einer Bauzeit von 9 Monaten gerechnet, so daß der letzte Block Ende 1996 bezogen



(Foto: Heike Kratz)

werden kann. Gut Ding will Weile haben - und alle Beteiligten brauchen einen langen Atem.

Vorbeugende Obdachlosenhilfe

Im Rahmen des sozial- und wohnungspolitischen Gesamtkonzeptes zur Verhinderung von Obdachlosigkeit gab es innerhalb der Verwaltung einige organisatorische Veränderungen. Mittlerweile setzt man hier ganz auf Prävention. Zwei Sozialarbeiterinnen kümmern sich um sogenannte „Wohnungsnotstandsfälle“. Sie verhandeln mit Vermietern, Anwälten und Gerichten oder vermitteln bei Streitigkeiten in der Familie. Mietrückstände werden auf der Grundlage des § 15a BSHG grundsätzlich übernommen, wenn die Miethöhe nicht überzogen und die Mietschuldner künftig ihren Verpflichtungen wieder selbst nachkommen können. So hofft man, die Anzahl derer, die ihre Wohnungen verlieren, so gering wie möglich zu halten und auf Dauer mit kleineren Unterkünften zur Akutversorgung auszukommen.

Heike Kratz

ZUR DISKUSSION: PERSPEKTIVEN DER GEMEINWESENARBEIT IN SOZIALEN BRENNPUNKTEN IN HESSEN

25 Jahre Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten haben viel bewirkt:

- Spiel- und Lernstuben unterstützen die Erziehungsaufgabe in der Familie und greifen eventuell auftretende Entwicklungsverzögerungen der Kinder frühzeitig auf; auch die Regeleinrichtungen zur Kinderbetreuung sind mehr und mehr in der Lage, auf die besonderen Bedürfnisse und Problemlagen der Kinder aus Sozialen Brennpunkten pädagogisch sinnvoll einzugehen.
- Hausaufgabenhilfen und andere schulbegleitende Maßnahmen haben die Sonderschulquote in Sozialen Brennpunkten drastisch verringert.
- Die Jugendkriminalität in Sozialen Brennpunkten liegt mittlerweile oftmals deutlich unter dem jeweiligen Stadtdurchschnitt; die Jugendlichen selbst verfügen in aller Regel über vielfältige Außenkontakte.
- Die Geschlechterhierarchie innerhalb der Familie ist aufgeweicht; gestärkt insbesondere durch die Frauen(gruppen)arbeit kam es zu einer Emanzipation der Frau innerhalb des Familienverbandes; die positiven Erfahrungen der Frauen in den Beschäftigungsprojekten verstärkten noch diese Entwicklung.
- In den Siedlungen, in denen umfangreiche Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, sind die Wohnverhältnisse nunmehr weitgehend normalisiert - und dies bei subventionierten Mieten; einmal abgesehen von der in aller Regel noch vorhandenen Diskriminierung und Stigmatisierung der Siedlungen in der lokalen Wahrnehmung könnte man ansonsten von „attraktiven“ Wohngebieten sprechen.

Diesen positiven Entwicklungstendenzen steht die Arbeits- und Einkommenssituati-

on des Großteils der BewohnerInnen nach wie vor eindeutig entgegen:

- Arbeitsplätze sind in aller Regel nicht dauerhaft gesichert; das können (und wollen) lokale Beschäftigungsinitiativen und kommunale Gesellschaften nicht leisten.
- Sozialhilfebezug - als extremste Form der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen - bedeutet immer noch weitestgehenden Verlust persönlicher Eigenständigkeit und Selbstbestimmung trotz zwischenzeitlich eingetretener Verrechtlichung der Bezugsbedingungen für einen Teil der Sozialhilfeleistungen.

Während also einerseits eine Normalisierung der Lebensbedingungen in den Sozialen Brennpunkten festzustellen ist, lassen sich andererseits die gegenwärtigen, beiden zentralen Armutsrisiken, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug, keineswegs mehr auf die BrennpunktbewohnerInnen begrenzen, sondern haben längst weite Kreise der Bevölkerung erfaßt.

Diese sich gegensätzlichen, gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen erfordern ein grundsätzliches Umdenken in der hessischen Brennpunktarbeit:

1. Öffnung der Arbeit zum Stadtteil hin

Das Festhalten am Inseldasein verfestigt die Stigmatisierung der BrennpunktbewohnerInnen und verhindert deren Eingliederung in die örtliche Gemeinschaft. Darüber hinaus käme dies dem Eingeständnis beruflicher Erfolglosigkeit nach mehr als 25 Jahren Sozialarbeit gleich und widerspräche zudem eindeutig dem vormaligen Selbstverständnis von „Hilfe zur Selbsthilfe“.

2. Entlassung der BewohnerInnen in die Selbständigkeit

Die Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten hat die dort lebenden Menschen zur eigenständigen Wahrnehmung ihrer individuellen und kollektiven Interessen befähigt. Die hierbei erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen werden von den BewohnerInnen nunmehr zunehmend eigenständig auch in siedlungsexterne Gremien und Foren eingebracht (z.B. Kindergarten- oder Schulelternbeirat, Mitbestimmungsgremien bei den Wohnungsbaugesellschaften). Entsprechend ist an diesen Stellen eine Rücknahme des sozialarbeiterischen Engagements vonnöten, allerdings nicht in der Form eines nun absoluten Alleinlassens der BewohnerInnen nach dem Motto „Friß oder stirb“, sondern vielmehr durch das Gewährleisten eines solidarischen Rückhaltes im Hintergrund.

Andererseits ist die Gemeinwesenarbeit aber auch gefordert, den Rückzug der BewohnerInnen ins Private (nach all den vielen Jahren des Kampfes und des jetzt endlich erreichten Erfolges bei Sanierungsmaßnahmen in Sozialen Brennpunkten) uneingeschränkt zu akzeptieren!

3. Öffnung der sozialarbeiterischen Angebote auch für andere Personengruppen

Die Sozialarbeit, und insbesondere die Gemeinwesenarbeit, muß sich auch für andere Personengruppen (s.o.) öffnen. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn die einseitige Festschreibung auf die BrennpunktbewohnerInnen aufgegeben und die Sozialarbeit somit auch zum Ansprechpartner für andere Bevölkerungsgruppen wird. Eine punktuelle, eindeutige Parteilichkeit für die Interessen der BrennpunktbewohnerInnen ist damit keineswegs ausgeschlossen, sondern eröffnet einer derartigen Parteinahme auf der hier beschriebenen Grundlage vielmehr erheblich größere Durchsetzungschancen!

Unterschiedliche Interessen im Stadtteil müssen als solche akzeptiert und für die politische Auseinandersetzung zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Stadtteilm BewohnerInnen nutzbar gemacht werden. Der Gemeinwesenarbeit fällt somit, neben der (punktuellen!) Parteilichkeit für benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Stadtteil, zukünftig viel stärker auch eine moderierende Funktion im Rahmen der Wahrnehmung eines Gesamtinteresses zu. Diese Aufgabenstellung ist mit dem Begriff „Stadtteilmanagement“ durchaus richtig und zutreffend beschrieben.

4. Erschließung nicht-stigmatisierender Fördermittel

Parallel zur Öffnung der Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit für andere, auf den ersten Blick nicht offensichtlich benachteiligte, Bevölkerungsgruppen müssen auch die Finanzierungsbedingungen für eine derartige Arbeit den bisherigen engen Sektor der staatlichen Förderkriterien verlassen. Sozialarbeiterische Angebote unter dem diskriminierenden Stigma des § 72 Bundessozialhilfegesetz („Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“) erweisen sich nicht nur auf der Anbieterseite (Sozialarbeit) als wenig problemgerecht, sondern sind darüber hinaus für die beschriebenen Nutzergruppen (Arbeitslose, Sozialhilfeberechtigte) völlig indiskutabel.

Den alten Traum einer nicht stigmatisierenden Sozialarbeit allerdings ausgerechnet in Zeiten zunehmender Kürzungen in den öffentlichen Sozialhaushalten durchsetzen glauben zu können, verlangt aber doch ein gehöriges Maß an Utopie. Aber warum sollten Utopien - genau wie vor 25 Jahren - nicht auch heute wieder gefragt sein.

Lothar Stock

20 JAHRE GEMEINSAM GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG BILANZ UND AUSBLICK AUS PROJEKTSICHT

20 Jahre LAG sind über 20 Jahre Arbeit in Sozialen Brennpunkten vor Ort in den einzelnen Städten Hessens.

In diesen langen Jahre ist viel bewegt worden. Manchmal nur ein kleines Stück und nach Jahren gab es sogar Rückschritte mit Nullrunden, Kürzungen und Streichungen einzelner Verbesserungen.

Viele haben mitgeholfen "zu bewegen", haben mitgezogen an dem Strang, den Blick der Öffentlichkeit auf die Brennpunkte zu lenken; Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit als Kehrseite der Wohlstandsmedaille zu sehen; daß die Politik vor Ort auch Verbesserungen für die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen der Brennpunkte bringen muß. Viele neue Gesichter sind hinzugekommen, andere weggeblieben.

In einzelnen Städten haben BewohnerInnen und Projekte viel erreicht. Dort brachte die Sanierung helle, freundliche und zentralbeheizte Wohnungen. So mancher ist in einem Job untergekommen. Die KITA ist um

Die LAG ist ein Spiegelbild der Projekte draußen und für uns ProjektmitarbeiterInnen ein Ort, wo die Widersprüchlichkeiten diskutiert werden können.

Monika Grötzinger

die Ecke. Es gibt vielleicht sogar Treffs nur für Mädchen und Frauen. Der Stadtteil ist nicht mehr "Abschiebebahnhof" für Zwangsräumungen. In anderen Städten sind sie noch mitten drin und planen die

Sanierung oder streiten für ein Spielstube und eine Hausaufgabenhilfe für ihre Kinder. Es gibt aber auch noch Ecken im Lande, wo Zwangsräumungen und Schlichtwohnungen an der Tagesordnung sind. Dort haben die BewohnerInnen noch nichts von der LAG mitgekriegt und die Politiker meinen immer noch Obdachlosenunterkünfte sind die „sozialpolitische Lösung“ der Zukunft.

Und über all dem ziehen wieder mächtig dunkle Wolken auf in dieser Republik. Der Verteilungskampf in Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen und zunehmender Dauerarbeitslosigkeit, Kürzung der Sozialleistungen, steigenden Preisen und Mieten sowie dem Abbau von Sozial- und Bildungsprojekten nach dem Motto "Wir da oben - die da unten" wird schärfer.

Dagegen erhebt die LAG massiv ihre Stimme, wie z.B. mit dem Motto der Aktionstage gegen den Sozialabbau im letzten Jahr: "Nicht sparen bei den Armen - streichen bei den Reichen". Weitere gemeinsame Aktionen gegen diese Kürzungspolitik sind wichtig, um die gesteckten Ziele, ein Stück Chancengleichheit für die benachteiligte Kinder und Jugendliche aus Brennpunkten und gesellschaftliche Teilhabe für ausgegrenzte Menschen zu erreichen.

Dazu gehören:

- Angebote der Spielstube und der Hausaufgabenhilfe sind ein Muß in allen Brennpunkten und müssen in einer integrierten KITA- und Hortplanung bei der anstehenden Jugendhilfeplanung der Städte als Grundversorgungsangebote finanziert werden.

Gemeinwesen-
arbeit sucht
das Gespräch
(Foto: LAG-Archiv)



- In alle Stadtteile, wo die Eltern nix in der Tasche haben außer Sozialhilfe, wo Arbeitslosigkeit und No Future angesagt sind und wo es an allen Ecken und Enden knallt, gehören Stadtteilzentren, die auch Jugendlichen Anlaufstellen bieten und diesen die Möglichkeiten geben, „ihren Laden“ selbst zu organisieren. Es müssen dezentrale und offene Beratungsangebote sowie Räume für Mädchen und Frauen entstehen, wo Platz ist, um sich auszutauschen, zu organisieren, zu "bilden".
- Innovative Ausbildungs -und Beschäftigungsprojekte gehören zu einer zukunftssichernden und solidarischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (auch in den Kommunen), damit Erwerbslose, insbesondere Jugendliche und Frauen, als "Reservearmee" in und außerhalb

der Brennpunkte nicht immer zu den Verlierern beim "Streiten für ein Recht auf Arbeit" gehören.

- Das „Recht auf Wohnen“ muß mehr als nur ein Dach über dem Kopf sein, d.h. kommunales Engagement bei der Wohnungssicherung, Ausbau und kein Ausverkauf von Sozialwohnungen, aktive Nachbarschaft und „bunte“ Stadtteile.

Gemeinwesenarbeit in ausgegrenzten und verelendeten Wohnquartieren muß daher ausgebaut und weiterentwickelt werden, damit vor Ort gemeinsam mit den Menschen Perspektiven für ihren unmittelbaren Lebenszusammenhang entwickelt und erstritten werden können.

20 Jahre LAG und noch viel länger Gemeinwesenarbeit in den Sozialen Brennpunkten sind auch gemeinsames Streiten von BewohnerInnen, einer engagierten Sozialarbeit, einer mancherorts solidarischen Kommunalpolitik und zu Teilen engagierten und fortschrittlichen Verwaltung für ein Stück mehr an sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit in diesem Lande. 20 Jahre sind noch nicht genug - ziehen wir daher weiter gemeinsam an einem Strang.

Die LAG hat sich hervorragend bewährt als Kristallisationspunkt für andere, ähnliche Initiativen von Betroffenen und SozialarbeiterInnen wie z.B. die BAG Schuldnerberatung und LAG's Soziale Brennpunkte in anderen Bundesländern.

Bernd Sorge

Peter Matzke

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.**SATZUNG****§ 1****NAME UND SITZ**

Der Verein führt den Namen „Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.“ und ist im Vereinsregister eingetragen.

Sein Sitz ist Frankfurt am Main.

§ 2**VEREINSZWECK**

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung 1977, und zwar insbesondere durch die Förderung der Volks- und Berufsbildung und der Erziehung.

Dies soll erreicht werden durch Eltern- bzw. Familienbildung auf Tagungen, Bewohnerratsschulungen und Förderung von Betroffenengruppen, in denen berufliche, soziale und erzieherische Fragen behandelt bzw. praktisch erprobt werden.

Zur politischen, sozialen und kulturellen Bildung der Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten in Hessen und zur Unterstützung und Ergänzung der örtlichen Jugendarbeit sollen überörtliche und zielgruppenspezifische Bildungsangebote organisiert und durchgeführt werden.

Außerdem strebt der Verein die Förderung von bedürftigen Familien aus Sozialen Brennpunkten im Sinne des §18 des Steueranpassungsgesetzes in Verbindung mit § 3 der Gemeinnützigkeitsverordnung auf dem Gebiet der Familienerholung an.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

§ 3**AUFGABEN DES VEREINS**

Im Sinne des § 2 der Satzung halten wir folgende Funktionen für notwendig:

- Koordination der Arbeit der verschiedenen Projekte

- allgemeine Projektberatung und Projektanalyse
- regelmäßigen Erfahrungsaustausch
- generelle Öffentlichkeitsarbeit
- Material- und Datensammlung und Auswertung
- Stellenmarkt-Informationen und Auswertung

§ 4**GEWINNE**

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwandt werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins sind dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen.

Satzungsänderungen, welche die in § 2 genannten gemeinnützigen Zwecke betreffen, bedürfen der Einwilligung des zuständigen Finanzamtes.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Verein oder bei Auflösung des Vereins erfolgen keinerlei Rückzahlungen aus dem Vereinsvermögen.

§ 5**MITGLIEDSCHAFT**

Mitglieder können Einzelpersonen oder Projektgruppen (Vereine und Initiativen), letztere nur aus Sozialen Brennpunkten oder wenn sie schwerpunktmäßig verstreut obdachlos wohnende Menschen innerhalb eines lokal nicht abgrenzbaren Gebietes (also gesamtes Stadt- und Kreisgebiet) betreuen, sein bzw. werden.

Als Soziale Brennpunkte werden verstanden:

- Obdachlosensiedlungen und öffentliche Notunterkünfte mit Anstaltscharakter
- Wohngebiete, deren Bewohner von Obdachlosigkeit bedroht sind (auch Sanierungsgebiete)

- Wohngebiete mit deutlichen Anzeichen psychischer und materieller Verelendung der Wohnbevölkerung oder Teilen davon
- Wohngebiete mit mangelnder sozialer Infrastruktur

Es wird unterschieden zwischen aktiven und passiven Mitgliedern:

A - Aktive Mitglieder sind Projektgruppen, die folgende Kriterien erfüllen:

- I Ihr Arbeitsfeld muß entweder ein Sozialer Brennpunkt im Sinne der Satzung oder die Betreuung von verstreut obdachlos wohnenden Familien oder Einzelpersonen innerhalb eines Stadt- oder Kreisgebietes sein.
- II In einer jährlich neu an den Vorstand der LAG e.V. einzureichenden Mitgliederliste müssen sich durch Anschrift und Unterschrift mindestens sieben Personen als Mitglieder bezeichnen.
- III Sie müssen dem Verein ein Konzept zuleiten, aus dem insbesondere ersichtlich ist, daß auf eine Selbstorganisation der Bewohner/Betroffenen hingearbeitet wird und mit welchen Methoden dies erreicht werden soll.
- IV Wenn Projektgruppen nur die Bewohner selbst sind, geht man von einer Selbstorganisation aus. Es bedarf in diesem Falle keiner ausdrücklichen Konzeption, die auf eine Selbstorganisation abzielt.

B - Passive Mitglieder sind:

- I Projektgruppen, die die oben genannten Voraussetzungen nicht erfüllen und solange als „Passive Mitglieder“ geführt werden,
- II natürliche Personen,
- III juristische Personen, die keine Projektgruppen sind.

Mit dem Aufnahmeantrag erkennt jedes Mitglied die Satzung an. Der Vorstand stellt die Mitgliederschaft von Antragstellern fest. Über die endgültige Aufnahme entscheidet die nächste Mitgliederversammlung. Über die Aufnahme der passiven Mitglieder entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit. Die LAG e.V. haftet nicht für die einzelnen Projektgruppen.

§ 6

ABSTIMMUNG

Aktive Mitglieder können bis zu zwei Delegierte mit Sitz und Stimme auf die Mitgliederversammlung entsenden. Werden zwei Delegierte entsandt, muß mindestens eine(r) ein(e) Betroffene(r) sein.

Passive Mitglieder (vgl. § 5, B I, II, und III dieser Satzung) haben kein Stimmrecht. Aktive Mitglieder, die ihre Verpflichtungen gemäß § 5A in Verbindung mit § 8 der Vereinssatzung nicht fristgemäß erfüllen bzw. den Erfordernissen nicht mehr gerecht werden können, werden als „Passives Mitglied“ eingestuft. Dadurch verliert das Mitglied sein Stimmrecht.

Die Rückstufung zum „Passiven Mitglied“ wird von der Mitgliederversammlung zur Kenntnis genommen und von einer Mandatsprüfungskommission oder dem Versammlungsleiter festgestellt. Ist das betreffende Mitglied auf der Mitgliederversammlung vertreten, so muß ein Einspruch sofort erfolgen. Bei Abwesenheit beträgt die Einspruchsfrist 8 Tage nach Bekanntwerden der Rückstufung.

Von der Geschäftsstelle und dem Vorstand der LAG aus wird spätestens nach einem Jahr nichtaktiver Mitgliedschaft eines Projekts mit dem jeweiligen Projekt ein klärendes Gespräch vereinbart. Bei diesem Gespräch sollen die Gründe für die Veränderung der Mitarbeit und die Form der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen dem Projekt und der LAG erörtert werden.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der Landesarbeitsgemeinschaft sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt.

§ 7

PFLICHTEN DER MITGLIEDER

Die Mitglieder sind verpflichtet, zur Erfüllung des Vereinszweckes unmittelbar beizutragen und damit

- den in Sozialen Brennpunkten Lebenden und Tätigen Mittel und Hilfen zu geben, durch zunehmende Selbstbestimmung ihre Lebensbedingungen zu verbessern,
- in diesem Sinne zur Verfolgung des Vereinszweckes die notwendigen Sach- und Finanzmittel absichern zu helfen, sei es durch aktive Eigenleistung, durch Spenden, durch eine dem Vereinszweck förderliche Interessenvertretung auf Landes-, Regional- und Kommunalebene sowie gegenüber den Trägern der freien Wohlfahrtspflege.

§ 8**INFORMATIONSAUSTAUSCH / MITGLIEDSBEITRAG**

Um einen kontinuierlichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu gewährleisten, verpflichten sich die einzelnen Projektgruppen regelmäßig, d.h. innerhalb des ersten Quartals des jeweiligen laufenden Kalenderjahres, über das vorangegangene Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Dieser soll nach den jeweils von der Mitgliederversammlung aufgestellten Gliederungspunkten und Kriterien erstellt werden. Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Jahresbeitrages verpflichtet. Dieser ist, soweit er finanziell entrichtet wird, im I. Quartal des laufenden Jahres im voraus zu zahlen. Eigenleistungen (z.B. Vorbereitungen und Durchführungen von Regional- und Landestagungen) können alternativ zu finanziellen Beiträgen erbracht werden. Die jeweilige Projektgruppe muß sich dazu aber im I. Quartal des laufenden Kalenderjahres bereit erklären. Etwaige vereinsinterne Konflikte der LAG sind in den Vereinsorganen auszutragen.

§ 9**BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT**

Die Mitgliedschaft im Verein endet durch:

- Auflösung des Projektes
- schriftliche Kündigung zum Schluß des Kalenderjahres
- Ausschluß
- Auflösung des Vereins
- Tod, bei passiver Mitgliedschaft.

Über den Ausschluß eines Mitgliedes entscheidet die Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Bis zur etwaigen rechtskräftigen Entscheidung über den Ausschluß ruhen sämtliche Rechte des auszuschließenden Mitglieds.

§ 10**ORGANE**

Die Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand.

§ 11**MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

Die Mitgliederversammlung diskutiert und beschließt die Grundlinien des Arbeitsprogramms des Vereins. Der Vorstand ist an diese Beschlüsse gebunden.

In jedem Kalenderjahr hat mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden, zu der alle Mitglieder vom ersten Vorsitzenden des Vorstandes (im Verhinderungsfalle von dessen Stellvertreter) unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einzuladen sind. Die Einladung mit der Tagesordnung ist den Mitgliedern vier Wochen vor Beginn schriftlich bekannt zu geben.

Die Mitgliederversammlung nimmt

- den Jahresbericht
- die Jahresabrechnung

entgegen und beschließt über

- die Entlastung des Vorstandes
- Anträge auf Satzungsänderungen
- Anträge zum Widerruf von Ausschlüssen
- Festlegung der Beitragshöhe.

Anträge auf Satzungsänderung und Auflösung des Vereins müssen auf der Tagesordnung stehen. Die Mitgliederversammlung kann mit absoluter Mehrheit weitere Punkte auf die Tagesordnung setzen. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der aktiven Mitglieder vertreten ist. Sie beschließt in allen Fragen mit einfacher Mehrheit, soweit im Einzelfall nicht anders bestimmt wird.

Außerordentliche Versammlungen können einberufen werden, wenn ein Viertel der aktiven Mitglieder dies verlangt oder der Vorstand es für erforderlich hält.

Beschlüsse über Satzungsveränderungen bedürfen der Zweidrittelmehrheit der erschienenen Stimmberechtigten.

Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom je gewählten Versammlungsleiter und dem von der Mitgliederversammlung ernannten Protokollführer zu unterzeichnen sind.

§ 12

VORSTAND

Der Vorstand besteht aus

- dem 1. Vorsitzenden
- seinem Stellvertreter
- dem Kassenwart sowie
- vier Beisitzern.

Der 1. Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Kassenwart und die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Der 1. Vorsitzende, sein Stellvertreter und der Kassenwart bilden den geschäftsführenden Vorstand und sind nach § 26 BGB vertretungsberechtigt, wobei jeweils zwei Unterschriften notwendig sind.

Der Vorstand ist Entscheidungsorgan zwischen den Mitgliederversammlungen. Er gibt sich eine Geschäftsordnung. Mitgliedsprojekte sind auf Vorstandssitzungen antragsberechtigt, die können, falls sie einen Antrag eingebracht haben, mit beratender Stimme an diesen Vorstandssitzungen teilnehmen. Über die Vorstandssitzungen sind Protokolle anzufertigen.

Der Vorstand kann besondere Vertreter gemäß § 30 BGB bestellen.

§ 13

BEIRAT FÜR JUGENDBILDUNG

Die Landesarbeitsgemeinschaft bildet einen Beirat für Jugendbildung.

Der Beirat setzt sich zusammen aus

- vier Jugendlichen im Alter von 16-25 Jahren aus hessischen Sozialen Brennpunkten,
- 2 Vertretern der örtlichen Kinder- und Jugendarbeit (Fachkräften: Sozialpädagogen, Sozialarbeiter) und
- einem Vertreter des Gesamtvorstandes der LAG.

Der Beirat wirkt mit bei allen Maßnahmen der Landesarbeitsgemeinschaft, die im Rahmen der Förderung der außerschulischen Bildungsarbeit nach dem Jugendbildungsgesetz erfolgen

Der Beirat für Jugendbildung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Aktuelle Fassung der Satzung,
verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 22.05.1993 in Oberreifenberg

§ 14

REGIONALVERSAMMLUNGEN

Einmal jährlich ist vom Vorstand in jeder Region eine Versammlung einzuberufen, die von der Geschäftsstelle zu organisieren ist. Die Regionen organisieren sich um die Orte Kassel, Gießen, Frankfurt und Wiesbaden. Die Versammlungen dienen dem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch.

§ 15

AUFLÖSUNG

Die Auflösung kann nur auf einer zu diesem Zwecke einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Auflösung muß mit drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschlossen werden. Ist diese Versammlung nicht beschlußfähig, so ist innerhalb von vier Wochen eine neue Versammlung anzuberaumen. Hier gilt eine Drei-Viertel-Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder.

§ 16

VERMÖGEN

Das Vereinsvermögen fällt im Falle der Auflösung oder bei Wegfall des bisherigen Vereinszwecks an die zu dieser Zeit vorhandenen gemeinnützigen Mitgliedsprojekte zu gleichen Teilen zwecks Verwendung für die Förderung der Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Sozialen Brennpunkten.

§ 17

GÜLTIGKEIT DER SATZUNG

Diese Satzung tritt mit der Beschlußfassung durch die Mitgliederversammlung am 6. Mai 1989 in Kraft.

